

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

167 · September 2004

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz 771

Essay

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

Die Privatisierung der Macht stabilisiert sich.
Überlegungen zur Monetarisierung des Politischen 773

»Generalplan Ost« und die Vertreibungen

DIETRICH EICHHOLTZ

»Generalplan Ost« zur Versklavung
osteuropäischer Völker 800

Standorte

JOACHIM WAHL

Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr 838

VorSatz

Das Wort von der »Schicksalswahl« hat in der PDS schon oft die Runde gemacht. Und nun steht schon wieder eine bevor – obwohl es »nur« um Landtagswahlen geht. Aber so sind sie geworden, die Verhältnisse: Nicht erst 2006 bei den Bundestagswahlen wird sich entscheiden, ob die PDS eine gesamtdeutsche Zukunft hat, sondern schon jetzt, am 19. September 2004, bei den Landtagswahlen in Brandenburg. Denn erstmals darf man – nachdem die PDS bei den Europawahlen im Juni vor der CDU und der SPD auf Platz eins einkam und die Demoskopien eine Wiederholung dieses Ergebnisses nicht ausschließen – nicht nur eine Regierungsbeteiligung der PDS schlechthin für möglich halten, sondern sogar einen veritablen Triumph: einen Wahlsieg mit allen Konsequenzen.

Und da nun – ganz klar – gilt in aller Schärfe die Probe aufs Exempel: Was wird nun wirklich dem neoliberalen Kurs entgegengesetzt, wenn die PDS mitregiert?

Die Lage ist heute anders als 1994, da sich die PDS in Sachsen-Anhalt unter einer CDU/CSU/FDP-Bundesregierung zur Tolerierung einer SPD-Regierung entschloß. Da war dieser Schritt ein politisches Türaufreißen, das ein gerüttelt Maß an oppositioneller Spannkraft enthielt. Die Lage ist auch anders als 1998, da die PDS in Mecklenburg-Vorpommern eine Koalition mit der SPD einging. Da hatte die SPD zur gleichen Zeit gemeinsam mit den Grünen die schwarz-gelbe Koalition in Bonn abgelöst, und es war Hoffnung überall auf einen Ruck nach links. Und die Lage ist anders – schließlich – selbst als 2001, da das schon mit gutem Grund von Beginn an umstrittene Rot-Rot in Berlin in die Gänge kam.

Denn jetzt – seit ihrem erneuten Machtantritt im Herbst 2002 – hat die SPD mit treulicher Hilfe der Grünen sich selbst und der von ihnen beiden regierten Republik ein neues Gesicht verordnet. Nicht mehr mit dieser oder jener mehr oder weniger gelungenen »Reform« haben wir es seither zu tun, nicht mehr mit dem bis dahin so oft gepriesenen »Umbau«, sondern mit der Zerschlagung des Sozialstaates, mithin: mit dem unwiderruflichen Ende der alten Bundesrepublik.

»Hartz IV« ist der bisher konzentrierteste Ausdruck dieses unerhört tiefgreifenden Wandels. Es ist – alle wissen es, und trotzdem gehört es immer und immer wieder in aller Deutlichkeit ausgesprochen – keineswegs »nur« ein Programm zum Einsparen von Arbeitslosengeld oder zur »Aufmunterung« bequem gewordener Arbeitsloser. Es ist nackter, unverblümter Kampf gegen die mehr als vier Millionen Arbeitslosen – Arbeitslose, die in den allermeisten Fällen

ihre Arbeit nicht aus eigener Schuld oder Veranlassung heraus verloren haben, sondern durch Rationalisierung, Bankrott oder Managerunfähigkeit –, es ist ein ebenso nackter, unverblümter Kampf gegen all die, die noch Arbeit haben und sich nun mit einem Drohpotential konfrontiert sehen, das sie doppelt und dreifach gefügig macht gegenüber den Forderungen nach immer mehr Überstunden und verlängerter Arbeitszeit, und es ist nackter, unverblümter Kampf darüber hinaus auch gegen vieles, was bisher ganz selbstverständlich zu einem normalen Leben in diesem Land gehört.

Dies Letztere dringt – wie sich an alarmierenden Wortmeldungen aus den Sozialverbänden zeigt – erst allmählich ins Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit: daß Familienbeziehungen schweren Gefährdungen ausgesetzt sind, weil beim Arbeitslosengeld II alle auch noch so kleinen »Vermögen« gegenseitig aufgerechnet werden; daß damit auch alles Sparen – sei es fürs eigene Alter, sei es für die Kinder und Kindeskiner – ein brüchiges Unterfangen wird und so auch Hoffnung und Zukunft überhaupt unter die Räder kommen; daß gehaltvolle Freizeit für viele ins Reich des unbezahlbaren Luxus entschwindet. Und dann: Es hat ja mit alledem noch kein Ende. Aus der Armut von Millionen wird eine neue Armut der Städte und Gemeinden folgen, ein weiter beschleunigtes Sterben von Gaststätten, kleinen Läden und Handwerksbetrieben wie auch von Einrichtungen für Freizeit und Kultur.

Dies ist die Lage, in der die PDS in Brandenburg in Regierungsverantwortung kommen könnte. Ihre Wahlplakate hat sie gehängt mit dem richtigen Slogan »Hartz IV ist Armut per Gesetz. Weg damit!« Und nun?

Schon hört man warnende Stimmen aus der Partei, die Plakate müssten weg. Weil man doch, wenn man dann wirklich regiere, »Hartz IV« umsetzen müsse. Muß man wirklich? Natürlich kann man sich verweigern. Aber: Warum denn überhaupt so defensiv? Warum nicht das kämpferische Versprechen: Wenn wir regieren, werden wir mit den beiden anderen rot-roten Regierungen des Ostens die Bundesregierung unter Druck setzen? Damit »Hartz IV« wirklich verschwindet und die Reformdebatte neu aufgemacht wird?

Darum wird es eine »Schicksalswahl«: Weil sich entscheiden wird, ob die PDS den jetzt erforderlichen doppelten Mut hat. Erstens: den Mut, die SPD herauszufordern – anstatt sich ihr mit voreisilender Sanftheit unterzuordnen. Und zweitens: den Mut, sich auch auf Ministerienebene mit dem außerparlamentarischen Protest zu verbünden.

Gebriecht es ihr an diesem Mut, wird sie das Ihre dazu beitragen, daß die neugegründete linke Wahlalternative sich für einen Weg entscheidet, der mit dem der PDS nicht mehr vereinbar ist. Dann könnte die »Schicksalswahl« zum Pyrrhussieg werden: mündend in ein 2006, bei dem zwei Linksparteien mit je 4,5 Prozent auf der Strecke bleiben.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

Die Privatisierung der Macht stabilisiert sich.

Überlegungen zur Monetarisierung des Politischen

Die Geldmittel, die durch »Privatisierung« aller ökonomischen Wertschöpfungsprozesse von unten nach oben umverteilt werden, stehen, entgegen vielen Illusionen, nicht mehr für Projekte einer »gerechten« Umverteilung von oben nach unten zur Verfügung. Dieser akkumulierte Reichtum wird vielmehr eingesetzt und verbraucht, um das System der Demokratie in ein System der Herrschaft der Geldmächtigen umzuwandeln und zu stabilisieren. Folglich ist Privatisierung weniger eine Verteilungs- denn eine Machtfrage – und eine Sache des Power Structure Research.¹

Zunächst einmal kann man argumentieren, dass Macht, Machtausübung immer eine Privatangelegenheit ist, denn schließlich ist Machtausübung eine gesellschaftliche Handlung und wo Handlungen sind, gibt es auch Handelnde, konkrete Personen – »Privatpersonen«, wenn man so will. Gerade auch der Volkssouverän will ja seine kollektive Macht so konkret wie möglich ausgeübt haben, wenn er verlangt, dass seine Repräsentanten, die Abgeordneten, bei Entscheidungen »nur ihrem Gewissen« verantwortlich sein sollen. Insofern steckt im Konzept einer Privatisierung der Macht auch die Utopie der Bürgergesellschaft, die Utopie einer brüderlichen Herrschaft der Gleichen und Freien.

Aber was ist unter der Utopie der Bürgergesellschaft nicht schon alles an Schweinereien passiert? Und so ist es zunächst einmal wichtig, auf einige tatsächliche Erscheinungsformen von Macht und Herrschaft zu verweisen. Die wichtigste Form der Ausübung von Macht in unseren Gesellschaften ist das Gesetzgebungsrecht und die Fähigkeit der Durchsetzung und Sanktionierung der Gesetze durch die Institutionen der öffentlichen Gewalt, Polizei nach innen und Militär nach außen. Diese Form der Machtausübung erfolgt im Rahmen eines Herrschaftssystems, an dessen Ausgestaltung die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte aus Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik usw. beteiligt sind. Und da beginnen schon die Probleme.

Herrschaft nämlich hat etwas mit Herrschenden und Beherrschten, mit herrschenden und beherrschten Klassen zu tun. Und gerade in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die derzeit dem Globus ihre extremste Modellvariante in Gestalt des Neoliberalismus überstülpen möchte, ist Herrschaft noch immer Herrschaft der wenigen über die vielen und nicht etwa »Volksherrschaft«. Wir haben es also mit einem System zu tun, in dem Macht zunächst einmal gar nicht »privatisiert«, sondern hochgradig vergesellschaftet ist, allerdings auf die einer Klassengesellschaft spezifische Weise.

Hans Jürgen Krysmanski – Jg. 1935; em. Professor für Soziologie an der Universität Münster; Autor zahlreicher TV-Reportagen (Spiegel TV, NDR); Buchpublikationen u. a. »Soziologie des Friedens« (Wiesbaden/Opladen 1993), »Popular Science. Medien, Wissenschaft und Macht in der Postmoderne« (Münster/New York 2001). Zuletzt in UTOPIE kreativ: High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?, Heft 133 (November 2001); Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil, Heft 152 (Juni 2003). Homepage: www.hjkrysmanski.de.

1 Vgl. An Internet Guide to Power Structure Research: <http://www.uoregon.edu/~vburris/whorules/index.htm>. Vgl. auch Hans Jürgen

Krysmanski: Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 507.

Dennoch könnte man auch hier wieder sagen: großartig, vergesellschaftete Macht, das ist ja wie »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel oder der Banken, das ist es ja, was wir wollen! Es ist aber leider so, dass die so genannten Vergesellschaftungsprozesse der Moderne, die Heraufkunft riesiger Bürokratien in Staat und Wirtschaft, die Komplexisierung aller Lebensbereiche, vom Bildungswesen bis zum Sport, die Verwaltung von Sachen und Menschen, auch die »Planung« des gesellschaftlichen Lebens durch die Maschinerie der Gesetzgebung in keiner Weise zum Sozialismus geführt haben, sondern im Gegenteil den inneren Widerspruch des Kapitalismus, den Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit, den spezifisch kapitalistischen Klassegegensatz bewahrt und ausdifferenziert haben.

Folglich hat die kapitalistische Vergesellschaftung der Macht sozusagen Machtkollektive auf der einen und Ohnmachtskollektive auf der anderen Seite geschaffen, und zwar inzwischen im globalen Maßstab. Betrachten wir zunächst einmal die Machtkollektive. Wie schon angedeutet, ist die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gar nicht denkbar ohne gewaltige Verwaltungsapparate, ohne komplexe Meinungsbildungsoperationen, ohne strategische Planungsanstrengungen und ohne politische Konsenserzeugung bis hin zur Manipulation der Köpfe. In allen diesen Bereichen haben sich Machtkollektive herausgebildet, in die ein Teil der Macht abgeflossen ist, die in früheren Stadien des Kapitalismus möglicherweise tatsächlich in der »Monopolbourgeoisie« und in der »Finanzoligarchie« usw. konzentriert war.

An dieser Stelle nun beginnt die Debatte um den gegenwärtigen Zustand von Macht und Herrschaft im Globalisierungsprozess. Der überwiegende Konsens in den einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen – Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Soziologie usw. – lautet, dass wir es heute in der Tat mit einer »Entsubjektivierung« von Macht und Herrschaft, mit anonymen Macht- und Herrschaftsapparaten zu tun haben, in denen »partielle Machteliten« (oder genauer: Funktionseliten) in einem komplexen Spiel Macht verwalten und ausüben. Es sei also ein solcher Grad der – wenn auch kapitalistischen – Vergesellschaftung von Macht erreicht, dass es sinnlos wäre, nach konkreten Mächtigen, nach Personengruppen, nach Privatpersonen zu fahnden, die unter den heutigen Bedingungen Macht noch so ausüben könnten wie einst die absoluten Herrscher auf gesamtgesellschaftlicher und die Räuberbarone auf regionaler Ebene.

Diese Mehrheitsmeinung in Sachen Macht und Herrschaft setzt allerdings voraus, dass die Checks und Balances der Moderne noch immer funktionieren. Dass also vor allem die verschiedenen Steuerungsbereiche der Gesellschaft – staatliche Verwaltung, Judikative, Privatwirtschaft, Kultur usw. sowie die repräsentativen Organe der Demokratie – eine gewisse Autonomie besäßen. Diese Sicht der Dinge – wie sie etwa die Luhmannsche Systemtheorie nahe legt – ist aber längst fiktiv. Argumentiert man vom Ökonomischen her, muss heute konstatiert werden, dass die (möglicherweise) einst autonome Zirkulation von Werten innerhalb der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche durch die verallgemeinernde Wirkung der Finanzströme (die durch das virtuelle globale Finanznetz ermöglicht wurde) vollkommen zusammengebrochen ist. Sodass nunmehr in allen diesen Bereichen fiktives Kapital die Bezugsgröße geworden ist.

Wenn man vom Gesellschaftlichen, Kulturellen her argumentiert, wird noch deutlicher, dass kulturelle und gesellschaftliche Operationen in fast jeder Beziehung auch ökonomische Relevanz gewonnen haben, so dass es inzwischen in einem ganz präzisen Sinne stimmt, dass Geld die Welt regiert. Damit nun, könnte man meinen, wäre eine neue Höchststufe der Vergesellschaftung erreicht, in welcher es noch unsinniger werde, nach Phänomenen der Personalisierung oder eben Privatisierung von Macht zu fragen. Wer allerdings so argumentiert, hat nicht mit dem Wesen des Geldes, insbesondere in seiner Gestalt als »fiktives Kapital«, gerechnet. Denn so allgemein und verallgemeinernd die Wirkung des Geldes ist, so sehr wird es auch zur partikularen Akkumulation gedrängt, zur ungleichen Verteilung entlang von Kraftlinien, die eben nicht mehr durch die funktionierenden Institutionen der Moderne gelenkt werden.

Meine These also ist, dass wir derzeit einen Zusammenbruch der Steuerungsinstanzen der bürgerlich-kapitalistischen Welt erleben, dass die in diesem System erworbenen Positionsvorteile, Klassenprivilegien etc. – so lange es noch geht – zur immer rücksichtsloseren Akkumulation von Geld, bis hin zu systemischer Korruption, eingesetzt werden und dass in diesem Prozess der räuberischen Akkumulation von Geldmacht auch das Thema der Privatisierung von Macht, und zwar ganz konkret, beschlossen ist.

Auf den Punkt hat diesen »Kollaps des Kapitalismus wie wir ihn kannten« vor kurzem Youssef M. Ibrahim² gebracht. Als Sprecher reicher Investoren und shareholder (der Aktienbesitzer – d. Red.) aus der arabischen Welt geht er mit den Konzerneliten der westlichen Welt ins Gericht, die sich hunderte von Millionen Dollar in die Taschen steckten, während der Wert ihrer Konzerne durch Unehrllichkeit und Inkompetenz in den Keller sank. »Diese Lenker gigantischer Konzerne sind Mitglieder eines winzigen Clubs, welcher die gewöhnlichen Investoren am ausgestreckten Arm verhungern lässt. [...] Schlimmer noch, die großen Banken und Investmentfirmen helfen jenen Bossen dabei, die Spuren zu verwischen. Sie fliegen Privatjets, bezahlt von den shareholders, sie genehmigen sich Privatlogen bei großen Sportereignissen und Shows. Sie sind Freunde, die zusammen tafeln, während sie von Aufsichtsratssitzung zu Aufsichtsratssitzung ziehen. Ein fauler Gestank breitet sich aus in den Führungsetagen der größten Konzerne. Und am Horizont zeichnet sich eine gewaltige Revolte der shareholder ab. Die Praktiken der Konzerneliten bedrohen die globale Ökonomie. Es ist an der Zeit für die Reichen, die, wie beispielsweise die Araber, hunderte von Milliarden ihres Vermögens in diese großen Konzerne investiert haben, ihren Bankiers ein paar harte Fragen zu stellen: Wo ist mein Geld und was macht ihr damit?«³

Man kann sich vorstellen, was hier zwischen den Geldreichen und der Dienstklasse ihrer Geldverwerter (den Konzern-CEOs) noch los sein wird. Das Zusammenbrechen innerkapitalistischer, ökonomischer Regulationssysteme führt nicht nur zur Raubumverteilung von unten nach oben, sondern auch zu einem titanischen Hauen und Stechen zwischen den reichen und superreichen Privatleuten dieser Welt, das längst den Kampf um den Mittleren Osten, den »Kulturkampf« mit der islamischen Welt sowie die »policy conflicts« zwischen Europa und Amerika prägt. Die gesamte Machtmaschinerie des Kamp-

2 Ibrahim war Mittlerer-Osten-Korrespondent der New York Times und ist jetzt Direktor der »Strategic Energy Investment Group«, einer Beratungsfirma, die sich auf politische Risikoabschätzung in der Golfregion und im Mittleren und Nahen Osten spezialisiert hat.

3 The Collapse of Capitalism as we know it, in: International Herald Tribune, March 9 2004, p.6.

fes gegen den Terrorismus ist nicht zuletzt angeworfen worden, um mit den konkurrierenden Kapitalen, den Geldmächten des arabischen und asiatischen Raumes, fertig zu werden. Osama bin Laden mag zwar für den fundamentalistischen Islamismus sprechen, aber er steht verteilungspolitisch für Teile des arabischen Großkapitals. Auf diese Zusammenhänge verweist beispielsweise Loretta Napoleoni mit ihrem Buch »Modern Jihad. Tracing the Dollars Behind the Terror Networks«.⁴

Im Zentrum jedoch bleibt als allgemeine Tatsache, dass man unter Privatisierung der Macht die postdemokratische Usurpierung der staatlichen Machtinstrumente der Moderne durch Geldmächtige verstehen muss. Geldmächtige sind Einzelne oder Gruppen, die in informellen Netzwerken mit den Chancen zu spielen verstehen, die ihnen das relative Chaos einer sich auflösenden Moderne bietet. Ihr Spielmittel ist das Geld. Ihr Gewinn besteht in »fiktivem Kapital«, in zu Macht geronnenem Geld.

Geld »ist ein Rätsel, das die ökonomische Theorie bis heute nicht hat lösen können.«⁵ In der Tradition des kapitalismuskritischen Denkens hat der Begriff der Fetischisierung des Geldes einen hohen Stellenwert. Dass »Geld die Welt regiert«, kann jeder verstehen – und natürlich hat man damit zugleich noch nichts verstanden. Bei der »Monetarisierung der Macht« haben die globalisierten Finanzmärkte eine entscheidende Rolle. In ihren Computernetzwerken, im kapitalistischen Cyberspace wurde Geld nicht mehr nur Fetisch oder Dämon, sondern Inbegriff der »virtuellen Realität«, und zwar in einer Zeit und unter Bedingungen, in denen uns auf allen Kanälen versichert wird, es sei ein Irrtum zu glauben, dass es »noch eine wirkliche Realität gebe, die mit der natürlichen Ausrüstung des Menschen zu fassen sei.«⁶

Folglich ist gerade die Rede von der Modernisierung nichts anderes als eine Fiktionalisierung der Moderne, die es so längst nicht mehr gibt. Es fällt ja auf, dass die gesamte politische Diskussion um die Modernisierung, den »Umbau« der bundesrepublikanischen Gesellschaft ausschließlich und in einem extremen Maße »in terms of money« geführt wird. Es geht also nur um eine einzige Wertkategorie, den Geldwert, bis ins vierte und fünfte Glied. Diese »Monetarisierung« des politischen Diskurses liegt einzig und allein im Interesse derjenigen, die sich in diesem Chaos, in diesem Zusammenbruch aller übrigen Wertkategorien überhaupt noch selbst bestimmen können, nämlich durch ihren Geldwert, ihre Geldmacht, und die darob die Bedingungen für diese Selbstbestimmung, für diese letzte Form der Souveränität, mit größter Brutalität durchsetzen.

Zu den wichtigsten Mechanismen dieser Raubakkumulation fiktiven Kapitals, des inneren Kerns aller Privatisierung der Macht, gehört seit langem – George W. Bush steht dafür wie kein anderer – das Schuldenmachen des Staates. »Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation. Wie mit dem Schlag der Wünschelrute begabt sie das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne daß es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbst wucherischer Anlage unzertrennlichen Mühwaltung und Gefahr auszusetzen.«⁷ Und in diese Strudel der Privatisierung bzw. Monetarisierung von Macht gerät auch das Verteilungsgeschehen, es wird zur Biopolitik, indem das

4 Pluto Press, September 2003; dazu gehört aber auch die partielle Kooperation von US-amerikanischen und saudi-arabischen Finanzkreisen: vgl. z. B. Craig Unger: *House of Bush, House of Saud*, Scribner March 2004, oder die Website von E. Farber zur Carlyle Group: <http://www.mediakritik.de/amem/carlyle.htm>.

5 Elmar Altvater: *Der Dämon und sein Zaubertrick: Geld*, in: *Freitag*, 20. 2. 2004, Beilage S. I; vgl. zum Beispiel Gunnar Heinsohn u. Otto Steiger: *Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft*, Reinbek 1996.

6 Niklas Luhmann: *Die Kunst der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1995, S. 243.

7 Karl Marx: *Das Kapital*, Erster Band, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 23, S. 782.

noch menschenmögliche untere Subsistenzniveau – derzeit global bei 1 Dollar und lokal, in der Bundesrepublik, bei 15 Dollar (Sozialhilfeszusatz) pro Tag – ausgelotet und, wie Susan George das eindrucksvoll beschrieben hat⁸, zum Hebel für die Manipulation des Arbeitskräfteangebots gemacht wird.

Um überhaupt wieder Handlungsmöglichkeiten gegenüber einer solchen Ausübung von Geldmacht zu entdecken, um eine Wirklichkeit zurück zu gewinnen, in der nicht alles »Geld« bzw. »virtuell« ist, müssen wir im Grunde ganz von vorn anfangen. Wir müssen alles, was wir an »natürlicher Ausrüstung« mitbringen, unsere Sinne und unsere Neugier aktivieren. Dazu müssen wir Handlungsfelder definieren, die bearbeitbar, erforschbar und schließlich veränderbar sind. Wir müssen die Bereiche, in denen wir alltäglich leben, transparent machen. Das beginnt beim Wichtigsten, den Zonen des (einstigen?) staatlichen Macht- und Gewaltmonopols, die in unseren Alltag hineinreichen und die heute beschleunigt monetarisiert/privatisiert werden – und zwar durch Gruppen, durch Machteliten, die sich noch am Rande unserer Wahrnehmung befinden, die aber gleichwohl Namen und Gesichter haben.

An erster Stelle steht dabei die Monetarisierung/Privatisierung des Gesetzgebungsprozesses und der politischen Richtlinienkompetenz. Hier hat, wie eingangs angedeutet, das amerikanische Power Structure Research⁹ wichtige Vorarbeiten geleistet, wie etwa William Domhoffs Schema der Einflussnahme von Konzernen und privatem Reichtum auf die US-amerikanische Regierungspolitik zeigt (Schaubild). Ebenso wichtig, angesichts der Reinstitutionalisierung des Krieges als politischem Mittel vielleicht noch wichtiger, ist die Erkundung der Privatisierung des Militärs.¹⁰ Gleiches gilt für die Privatisierung von Polizeifunktionen, von der Amalgamierung mit mafiosen Strukturen bis zur Verselbständigung der Geheimdienste. Auch für den Kern moderner Vergesellschaftung, die staatlichen Bürokratien, wird inzwischen (nachdem das Geschäft mit den Beraterverträgen aufgefliegen ist) ganz unverhohlen gefordert: »Die öffentliche Hand braucht erfahrene Manager. Keine Berater, sondern angestellte Profis, die eine halbe oder eine ganze Million Euro im Jahr verdienen können. Für den Steuerzahler kommt das am Ende billiger als Dilettantismus.«¹¹

Diese interessante Auffassung von »öffentlichem Dienst« und damit von öffentlicher Machtausübung setzt sich fort in den Institutionen der Wissenschaft. Deren Aufgabe war und ist die vernünftige Verknüpfung des Allgemeinen mit dem Besonderen und damit die Erschließung gestaltbarer gesellschaftlicher Handlungsfelder. Wenn auch hier Geld das Allgemeine wird, dann gnade uns Gott. Aber auch letztere Variante privater Machtausübung, das Gottesgnadentum, ist in evangelikaler Gestalt mit George W. Bushs Heerscharen ja schon auf dem Wege.

Zur Erläuterung des Schaubilds (im Anschluß des Artikels)¹²:

Die Durchsetzung zentraler politischer Entscheidungen und Strategien wird hier nicht, wie in der öffentlichen Mythologie propagiert, als ein Ergebnis parlamentarisch-demokratischer Prozesse gesehen, die letztlich vom Wähler, vom Volkssouverän, ausgehen. Domhoffs umfangreiche Untersuchungen deuten vielmehr darauf hin, dass die »Richtlinien der Politik« (*policy formation process*) von einem ganz

8 Susan George: Der Lugano Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten?, Reinbek 2001.

9 Vgl. Hans Jürgen Krysmanski: Herrschende Klassen Revisited, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 57, März 2004, S. 8-20.

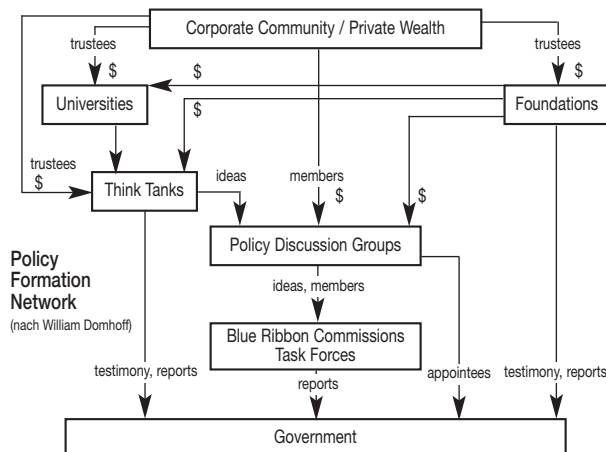
10 Vgl. z. B. die studentische Website »Privatization of War« von K. Bonte und P. Dukatz aus einem meiner Seminare: <http://www.philzious.s3.cybtan.com/>.

11 Christoph Keese, Chefredakteur der Financial Times Deutschland, 23. 2. 2004 in einem Spiegel Online Gastkommentar, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,287582,00.html>.

12 G. William Domhoff: Who Rules America? Power and Politics in the Year 2000, Third Edition, Mayfield Publishing Company, Mountain View, CA 1998, p. 129.

anderen »Souverän« bestimmt werden, denjenigen Gruppen oder *networks* nämlich, die über Geldmacht verfügen. Insofern stehen dann am Anfang des Gesetzgebungsprozesses erstens der alte und neue »Superreichtum« (die *upper class* des *private wealth*); zweitens die Wirtschaftskraft der größten Konzerne (*corporations*). Durch den Einsatz von Fördermitteln, miteinander verknüpfte Direktorate, Forschungsaufträge, durch Personalpolitik usw. bestimmen diese beiden Gruppen die politische Willensbildung. Vermittelt wird das Ganze über ein System von formellen und informellen Institutionen, in denen sich auch die »Verwissenschaftlichung« der modernen Industriegesellschaft widerspiegelt. So spielen die Universitäten (weitgehend abhängig von privaten Zuwendungen) und die privaten Denkfabriken (*think tanks*) sowie die großen Stiftungen (*foundations*) die zentrale Rolle bei der Problemanalyse. Durch einen klugen Einsatz von Geld und Personal kann schon hier die Richtung der Analysen beeinflusst werden. Die so entstehende »Definition von Wirklichkeit« ist dann die Grundlage für die »wirklichen« Entscheidungen im Rahmen von »Planungsgruppen«. Diese *policy discussion groups* stellen die machtpolitischen Kerne des Einflussystems der Geld- und Machteliten dar. Diese Gruppen sind noch immer erstaunlich wenig erforscht – und stehen ihrer ganzen Natur nach der zuverlässigen Erforschung auch gar nicht offen. Auf jeden Fall aber war viele Jahrzehnte, und sicher in den Fünfzigern, das *Council on Foreign Relations* eine solche zentrale Planungsgruppe. Aus diesen Stiftungen und Denkfabriken und den von ihnen beschickten *blue ribbon commissions*, den informellen Kronräten der Macht, wo die eigentlichen Entscheidungen reifen, werden die Orientierungen dann in die staatlichen und öffentlichen Bereiche hinuntergefiltert, einmal in die Domänen des Kongresses, zum anderen in die Massenmedien. Hier müssen Konsens organisiert und die öffentliche Meinung formiert werden. Und damit hat dieser ganze Prozess dann die Gesetzgebungsmaschinerie, die Legislative und Exekutive und Judikative so weit vorbereitet und vorgeprägt, dass relativ sichergestellt ist, dass nur Regelungen und Gesetze der ursprünglichen »Auftraggeber« realisiert werden.

Schaubild



DIETRICH EICHHOLTZ

»Generalplan Ost« zur Versklavung osteuropäischer Völker

Dietrich Eichholtz – Jg. 1930, Prof. em., Dr., Historiker. 1955-1962 wiss. Mitarbeiter und Forschungsgruppenleiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1962-1966 und 1984-1988 Dozent und Honorarprofessor an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 1988-1991 Professor an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1993-1995 Professor an der Technischen Universität Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, 3 Bände, Berlin 1969-1996, Neuauflage in 5 Bänden., München 1999 und 2003; Hg. mit Wolfgang Schumann u. a.: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, 6 Bände, Berlin 1974-1985; Hg. mit Kurt Gossweiler: Faschismusforschung, Berlin 1980.

Vortrag, gehalten auf der gemeinsamen Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Christlicher Friedenskonferenz »Münchener Abkommen – Generalplan Ost – Beneš-Dekrete. Ursachen für Flucht und Vertreibung in Osteuropa«, Berlin, 15. Mai 2004.

Platz und Rang des Verbrechens

Der »Generalplan Ost« gehört zur Geschichte der Menschen- und Völkervertreibung, die so alt ist wie die Menschheit selbst. Aber er eröffnete eine neue Dimension des Schreckens. Er stellte einen sorgfältig geplanten Rassen- und Völkermord dar, und das im entwickelten Industriezeitalter der Mitte des 20. Jahrhunderts. Es ging nicht wie in alten Zeiten um einen Kampf um Weide- und Jagdgründe, Vieh und Frauen, es ging auch nicht, wie in späteren Jahrhunderten, in der Zeit der Durchsetzung des Kapitalismus und Kolonialismus, etwa um den Völkermord der Spanier an den Eingeborenen in Mittel- und Südamerika und um die Ausrottung der Indianer in Nordamerika. Im »Generalplan Ost« ging es unter dem Mantel einer menschenfeindlichen, atavistischen Rassenideologie um Profit für das große Kapital und um fruchtbares Land für Großgrundbesitzer, Großbauern, Generale und unzählige kleine Verbrecher und Mitläufer.

Die wichtigsten Interessen des Regimes und der herrschenden Eliten, die im »Generalplan Ost« zusammenfanden, waren im wesentlichen wohl folgende:

- die politische und militärische »Sicherung« des Eroberten auf lange Sicht durch »Aussiedlungen« einschließlich massenhafter Ausrottung und durch »Germanisierung des Bodens« bzw. »Umvolkung«,
- das sozialimperialistische Interesse an der dauerhaften Festigung der eigenen sozialen Basis (Massenbasis) durch »Siedlung«, das heißt durch die Schaffung umfangreicher, regimeabhängiger, wirtschaftsstarker Schichten von deutschen Bauern und größeren Grundbesitzern sowie durch Agglomeration deutscher städtischer Mittelschichten,
- die Expansion des Großkapitals, gerichtet auf die Ausbeutung von Rohstoffen (Öl, Erze, Baumwolle und andere agrarische Rohstoffe), auf riesige Absatzmärkte für Massenware, auf Investitionsmöglichkeiten und Märkte für Kapitalexport (darunter Industrie für Rüstung (Waffen und Kriegsgerät), Rüstungsbauten, Flugplätze, »Stützpunkte« und »germanische« Siedlungen, Bauern- und Gutshöfe, industrielle und Verkehrsbauten aller Art) und auf billige Arbeitskräfte,
- das Interesse an unbegrenzten Nahrungsmittelquellen für das »Herrenvolk« auf unbegrenzte Zeit.

Die spezielle Vorgeschichte des »Generalplans Ost« ist ebenso deutsch wie imperialistisch und läßt sich in die Zeit des Ersten Weltkrieges und davor zurückverfolgen. Der Alldeutsche Verband sah in seiner Kriegszielenkschrift vom September 1914 in Russisch-Polen und in Rußland die »umfangreiche Vertreibung der Bevölkerung und

eine Besiedlung durch deutsche Bauern« vor. Die deutschen Unternehmerverbände forderten das gleiche »zur Sicherung unserer Volksvermehrung und damit unserer militärischen Kraft«. Furchterregend war auch die sogenannte Professorendenkschrift von 1347 Intellektuellen und Industriellen vom 8. Juli 1915, in der ungeschminkt vom »Germanentum« und von der »Barbarenflut aus dem Osten« gesprochen wurde. Die Alldeutschen forderten übrigens schon 1911 (Marokko-Krise) im Westen, wenn man »endgültig mit Frankreich abrechnen« könne, Abtretungen bis zur Kanalzone (Somme-Mündung) und zum Mittelmeer (Toulon), Gebiete, die man »frei von Menschen erhalten« müsse. Der Saarindustrielle Hermann Röchling, später ein Vertrauter Hitlers, schlug bei Kriegsbeginn 1914 vor: »In dem Erzgebiet (von Lothringen – D. E.) wohnen heute fast nur Italiener, Elsaß-Lothringer und Polen, Leute, die durch Deutsche zu verdrängen sind. ... Hierfür würde ich sein, wenn es ... durchzuführen ist.«¹

Sind also manche Grundgedanken des »Generalplans Ost« schon im Ersten Weltkrieg und früher gedacht und ausgesprochen worden, so fügten sich doch in ihm die verschiedensten reaktionären Tendenzen aus der Geschichte des Kapitalismus und Imperialismus auf neue Art zusammen. Erstmals verbanden sie sich hier mit barbarischem Rassismus und Antisemitismus und mit dem erklärten Ziel des Genozids, der Vernichtung ganzer Rassen und Völker. Wollte man eine möglichst knappe Definition, so könnte man ihn die extrem rassistische, genozidale Variante der imperialistischen deutschen Ostexpansion nennen. Bemerkenswert ist das enge Verhältnis zwischen dem »Generalplan Ost« und der Shoa. Schloß der »Generalplan Ost« in seiner rassistischen Vernichtungsabsicht Dutzende von Millionen Slawen ein, so war er zugleich ein zentrales Experimentierfeld für den Mord an den Juden, der europaweit, ja weltweit vorgedacht war, und sollte Platz schaffen für eine unbegrenzte Zahl von Ghettos und Vernichtungslagern. Im Unterschied zur Shoa war hingegen im »Generalplan Ost« ein riesiges imperialistisches Raub- und Expansionsprogramm einbezogen.

Wie auch immer die Ostexpansion nach außen begründet wurde, ob mit der »bolschewistischen Gefahr«, mit der »Sturmflut Asiens« (Heydrich) oder mit der deutschen »Raumnot« – die mörderische Ideologie der Planer war klar und wurde in internen Kreisen auch ganz offen ausgesprochen: Was wir brauchen, können wir nur mittels Gewalt, mittels Krieg bekommen. Neuen »deutschen Volksboden« erwerben wir nur, wenn wir die, die darauf sitzen, »totschlagen«. Himmeler habe schon Anfang 1941 vor seinen zwölf SS-Gruppenführern erklärt, die Ausrottung von 30 Millionen Slawen werde »der Zweck des Rußland-Feldzuges« sein, sagte einer der Beteiligten im Nürnberger Prozeß aus.² Derselbe Zeuge bekräftigte es gegenüber dem sowjetischen Anklagevertreter, »daß der Kampf gegen die Partisanenbewegung ein Vorwand für die Ausrottung der slawischen und jüdischen Bevölkerung war«.³ Hitler hatte schon zu Beginn des Ostfeldzuges die Parole ausgegeben, daß man die besetzten Gebiete »so rasch wie möglich ... am besten dadurch« befriede, »daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße.«⁴ Der Doppelsinn des Schlagworts von »Blut und Boden« war ganz wörtlich zu nehmen: Die Besitzer waren zu erschlagen, und da sie kaum freiwillig weichen würden, war deutscher »Bluteinsatz« (Hitler)

1 Zitate nach Dietrich Eichholtz: Der »Generalplan Ost« als genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion, in: Mechthild Rössler, Sabine Schleiermacher (Hsg.): Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 122 f.

2 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG), Bd. 4, Nürnberg 1947, S. 536, Zeugenvernehmung von Erich von dem Bach-Zelewski, 7. 1. 1946.

3 Ebenda, S. 538.

4 Ebenda, Bd. 38, Nürnberg 1949, Dok. L-221, S. 92; S. 87 f., Protokoll (Bormann) der Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring am 16. 7. 1941.

nötig. Ständigen Gewalteininsatz und Blut würde auch die »Sicherung« des Eroberten (ein Lieblingsausdruck Himmlers) kosten.

Praxis des »Generalplans Ost«

Es gab frühe Versuche von Historikern, den GPO als Schimäre, »Traum«, monomanes Wahnsystem abzutun, als einen bloßen Plan, der nur in der Phantasie Hitlers, Himmlers, Heydrichs und der SS eine Rolle spielte und keine praktischen Auswirkungen hatte. Sie hatten damals schon den Beigeschmack der Apologie und sind durch die Forschung vollkommen überholt. Inzwischen steht fest, daß der »Generalplan Ost« Hunderte, bald Tausende Täter beschäftigte – Politiker, SS-Chargen, Offiziere und Soldaten, Bürokraten, Wissenschaftler und simple Mörder – und daß er Vertreibung und Tod über Hunderttausende, ja Millionen Juden, Polen, Tschechen, Russen, Ukrainer gebracht hat.

Hitler betraute in seinem Erlaß vom 7. Oktober 1939 »zur Festigung deutschen Volkstums« Heinrich Himmler, den »Reichsführer-SS« und Chef der deutschen Polizei, mit allen Planvollmachten. Himmler legte sich sogleich den Titel eines »Reichskommissars« zu und galt fortan als Chef der »Generalplanung« für den »Ostraum«, mit der er gleich mehrere seiner SS-Ämter und zusätzlich neu zu gründende Institutionen beschäftigte.

Der »Generalplan Ost« war kein einzelnes Schriftstück, sondern bestand aus einer ganzen Anzahl aufeinanderfolgender Pläne (1939 – 1943), die nach Osten hin Schritt für Schritt fortgeschrieben wurden, im Gleichschritt mit den deutschen Eroberungen. Wir fassen heute auch nicht nur die von Himmlers Dienststellen geschaffenen Pläne unter dem Begriff, sondern rechnen im weiteren Sinne die im gleichen Geist verfaßten Papiere der konkurrierenden Nazistellen (DAF; Raumordnungs- und Landesplanungsbehörden) und vor allem auch der Wehrmacht darunter, die noch kaum bekannt sind.⁵

Die ersten Plandokumente von Ende 1939/Anfang 1940 betrafen das besiegte Polen, vor allem die Westgebiete, die sofort annektiert wurden (»Warthegau«, Danzig-Westpreußen, Ostoberschlesien). Die ersten Opfer waren die Juden und ein großer Teil der Polen in den annektierten Gebieten. Sämtliche Juden, 560 000 nach den SS-Berichten, wurden »evakuiert«, das heißt, über die Grenze zum Generalgouvernement, ein Teil auch »provisorisch« nur bis Łódź, wo sie in Ghettos und Lagern zusammengepfercht und später, wie auch die Masse der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements, in den Vernichtungslagern ermordet wurden. 50 Prozent der Polen (3,4 Millionen) sollten sofort in das Generalgouvernement »abgeschoben« werden und für deutsche Bauern und Städter Platz machen.

Das »Generalgouvernement« war ein besonderer Fall. Es war zunächst ausgespart von Vertreibungen und Umsiedlungen, weil es auf Befehl des »Führers« als Aufmarschgebiet für den Überfall auf die UdSSR, ferner als Arbeitskräftereservoir diente. 1942/43 begann Himmler mit den unmenschlichen »Aussiedlungen« und Vertreibungen von zehntausenden Bauern aus 300 Dörfern im Bezirk Lublin (Kreis Zamość) und der Ansiedlung von »Volksdeutschen«. Nach dem Warschauer Aufstand 1944 wurde Warschau zur toten Stadt erklärt und 500 000 bis 600 000 Warschauer und Warschauerinnen verschleppt,

5 Dazu grundsätzlich Karl Heinz Roth: »Generalplan Ost« – »Gesamtplan Ost«. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: Rössler, Schleiermacher, S. 25-117; Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a. M. 1991.

teils in Konzentrationslager, teils zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Von Anfang an aber sollte ganz Polen nach den Plänen deutsches Land werden.

Was in den annektierten Gebieten funktionierte, war in der Regel die Enteignung der Juden und Polen, die Vertreibung von den Höfen, die Ausweisung aus den jeweiligen Städten und Kreisen. Was während des ganzen Krieges nicht funktionierte, war die Heranschaffung von Deutschen, Volksdeutschen und Auslandsdeutschen für die Besiedlung und Bewirtschaftung der »frei«gemachten Gebiete. Laut »Gesamtsiedlungsplan« von 1943 sollten insgesamt 15,7 Millionen solcher »Umzusiedelnder« in den ersten 25 bis 30 Jahren nach dem Krieg in den »Ostraum« (einschließlich der annektierten Gebiete, des »Protektorats« und des Baltikums) gebracht werden.⁶ Im Krieg selbst kam kaum eine Million zusammen, die, mit allen möglichen Versprechungen eingefangen, in ganz Europa zusammengekratzt wurden (Banat, Krim, Elsaß, Südtirol usw.) und, wenn überhaupt, nur für kurze Zeit aus ihren Sammellagern herauskamen. Von diesen Menschen mit dem merkwürdigen Täter-Opfer-Status soll noch die Rede sein.

Es gab noch vor dem 1. September 1939 ein Land in Osteuropa, das Opfer der deutschen Gewalt wurde, die Tschechoslowakei. Schon seit 1938 vertrieb man alle Tschechen aus den annektierten Sudetengebieten. Für das »Protektorat Böhmen und Mähren« gab es zuerst nur verschwommene Zukunftspläne, etwa den der »Überschichtung« der ansässigen Bevölkerung mit einer »Führer-, Meister- und Freisassensschicht« aus dem deutschen »Herrenvolk« über »behäbigen und arbeitsamen Hintersassenvölkern« (K. V. Müller, 1940)⁷. Heydrich redete dann nach seinem Amtsantritt als »Reichsprotektor« im Herbst 1941 Klartext über eine spätere Eindeutschung. Aber anders als in Polen und in der UdSSR blieb es im Protektorat bei einer »schleichenden« Germanisierung. Verfolgt, verschleppt und früher oder später ermordet wurden, wie überall, Juden, Kommunisten und andere Gegner der Okkupanten. Sonst gab es etwa ausgedehnte Untersuchungen tschechischer Bauern auf »Reinrassigkeit«, aber keine Massenteignungen und Massenausiedlungen, nur die Ansiedlung von wenigen tausend »Volksdeutschen« als »Deutschtumsbrücke«.⁸ Das Protektorat war stark industrialisiert, hatte insbesondere eine entwickelte Rüstungsindustrie und war und blieb eine höchst wichtige Rüstungswerkstatt des Nazireiches. Kein Zweifel allerdings, daß es nach dem Krieg ein deutsches Land werden sollte. Hitler verkündete im kleinen Kreis seine feste Absicht, dann »alle rassisch nicht wertvollen Elemente aus dem böhmischen Raum auszusiedeln und nach Osten zu verpflanzen. Der einzelne Tscheche sei fleißig, und wenn man sie verstreut in den besetzten Ostgebieten ansiedle, gäben sie vielleicht ganz gute Aufseher ab.«⁹

Die große Zeit der Generalplaner kam mit dem Überfall auf die UdSSR. Noch im Jahr 1941 erblickten mehrere Ausarbeitungen das Licht der Welt, die damals noch in Konkurrenz zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und dem Stabsamt Himmlers als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« entstanden. Am 28. Mai 1942 erhielt Himmler die berühmte Denkschrift »Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues«¹⁰ von dem Berliner Universitätsprofessor und hohen SS-Führer

6 Roth, S. 107, Tab. 2.

7 Státní Ústřední Archiv, Prag, Kanzlei K. H. Frank 114-3/14 (s. a. Anm. 1, S. 120).

8 Müller, S. 203, Dok. 33, Tätigkeitsbericht des RKF/Stabshauptamt, Stand Ende 1942.

9 Zit. bei Müller, S. 103 (Koeppen-Bericht, Nov. 1941).

10 Gedr. bei Czesław Madajczyk: Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów, Warszawa 1991 (inzwischen vollständig in deutscher Sprache erschienen); Dietrich Eichholtz: Der »Generalplan Ost« (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte, 1982, Nr. 26, S. 217-274 (dort »Kurze Zusammenfassung« vom 5. 5. 1942).

Konrad Meyer (Meyer-Hetling). Er sah die Ermordung, Aushungerung und Vertreibung von 30 bis 40 Millionen Slawen und sonstigen »Untermenschen« vor – Polen, Juden, Russen, Weißrussen, Ukrainern, Sinti und Roma und natürlich »Bolschewisten« beliebiger Herkunft und Rasse. Darauf sollte die Deutschbesiedlung riesiger Ländereien des Ostens folgen, von Leningrad bis zur Ukraine, zur Krim, zum Donetz- und Kubangebiet, zur Wolga und zum Kaukasus; phantasiert wurde auch vom Ural und vom Baikal-See.

Zuerst sollte also verwirklicht werden, was Hitler schon 1935 für notwendig gehalten hatte, nämlich gründlich »zu entvölkern ... Millionen einer minderwertigen, sich wie Ungeziefer vermehrenden Rasse zu beseitigen«¹¹. Die wichtigsten Schritte zu diesem Zweck waren in Befehlen Hitlers, der Wehrmacht und der SS ausführlich benannt worden:

- Ermordung der Juden (über 500 000 allein durch die SS-»Einsatzgruppen«), der Kommissare der Roten Armee und aller Funktionäre des Staatsapparates und der KPdSU, Liquidierung jeglichen Widerstands und Mord an allen des Widerstand irgend Verdächtigen (von SS und Wehrmacht vom ersten Tag an in die Tat umgesetzt),

- keine Belieferung der »Nichtschwarzerdezone« mit Lebensmitteln, das heißt ganz Belorußlands und großer Teile Nord- und Mittelrußlands als Lebensmittelzuschußgebiete. »Hierbei«, so Hermann Göring am 2. Mai 1941 (!), »werden zweifellos -zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.«¹² Rücksichtslose Ausplünderung der landwirtschaftlich fruchtbaren Gebiete (geschehen in erster Linie durch die Wehrmacht selbst),

- »Aussiedlung« zugunsten deutscher Grundbesitzer und Geschäftsleute in deutsch zu besiedelnden Gebieten und sogenannten Marken und Siedlungsstützpunkten (begonnen und eingeleitet im annektierten Westpolen, später in Ostpolen (Zamość, im sogenannten Schwarzmeergebiet (Südukraine und Krim), in anderen Gebieten der Ukraine, in Litauen).

- Auslöschung der sowjetischen Großstädte, in erster Linie Leningrads und Stalingrads, als »Brutstätten des Bolschewismus« (im ganzen mißlungen; Leningrad und Stalingrad verloren aber viele Hunderttausende Einwohner durch Bombardements und Aushungerung).

Die Opfer, die dieses mörderische Vorgehen in der kurzen Zeit der Okkupation kostete, gehen in die Millionen. Hinzu kommen etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene, die die Wehrmacht 1941/42 ungerührt in ihren Lagern verhungern und erfrieren ließ; ferner 500-600 000 Warschauerinnen und Warschauer, die im Spätherbst 1944 nach dem Warschauer Aufstand in die Konzentrationslager oder zur Zwangsarbeit getrieben wurden. Als Zwangsarbeiter in Deutschland und anderswo sind viele Zehntausende Hungers gestorben und an Entkräftung und Mißhandlungen zugrunde gegangen.

Eine barbarische Variante des GPO war die Jagd auf »eindeutschungsfähige« Kinder, die während des ganzen Krieges in den besetzten östlichen Gebieten, auch im »Protektorat Böhmen und Mähren«, »erfaßt«, auf ihre »Gutrassigkeit« hin untersucht, in Lagern und Heimen untergebracht und nach Deutschland verschleppt wurden (nach polnischen Schätzungen allein 150 000 bis 200 000 polnische Kinder).

11 Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler, Zürich/Wien/New York 1940, S. 129.

12 IMG, Bd. 31, S. 84, Dok. PS-2718, »Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa«, 2. 5. 1941.

Dort waren sie zur endgültigen »Eindeutschung« und Nazifizierung in »Lebensborn«-heimen und bei Nazifamilien untergebracht. Sie arbeiteten aber auch oft in der Rüstungsindustrie und bedienten sogar Flakgeschütze. Noch 1944 suchten SS-Kommandos in Rußland nach »eindeutschungsfähigen« Kindern, die nach den SS-Massakern elternlos und obdachlos waren (HEU-Aktion).

Besonders in Polen sahen die Bevölkerungsplaner und Mediziner ein Experimentierfeld für Sterilisierungen größten Ausmaßes, für Zwangsabtreibungen und andere »bevölkerungspolitische« Maßnahmen, ganz abgesehen von der Unterlassung der elementarsten Gesundheitsfürsorge. Karl Heinz Roth hat ferner auf die Übertragung des Konzepts des Generalplans Ost auf die reichsdeutschen Verhältnisse aufmerksam gemacht: Terrormaßnahmen und Todesurteile bei geschlechtlichen Beziehungen zwischen osteuropäischen Zwangsarbeitern und Deutschen, gegen schwangere Zwangsarbeiterinnen, ferner die Ermordung von Tuberkulosekranken. Meist hatten Schwangere nur die Wahl zwischen Zwangsunterbrechung und der Hölle der Entbindungsbaracken der Lager. Die Neugeborenen, die überlebten, gingen früher oder später in den berüchtigten »Kinderpflegestätten« zugrunde.

Opfer der Politik des GPO in einem weiteren Sinne waren auch die nach vielen Millionen zählenden tschechischen, polnischen und sowjetischen Menschen, die in ihrer Heimat unter ständiger rassistischer Diskriminierung lebten, unter Vertreibungs- und Todesdrohung, unter Berufsverbot, schwerer Zwangsarbeit, Eigentumsentzug, und dabei vielfach, besonders in den Städten, auf dem »Aushungerungsstatus« (Hans Frank) vegetierten.

Opfer und Täter

Ende 1942 berichtete der RKF über insgesamt 629 000 »volksdeutsche Umsiedler«, die man aufgetrieben hatte aus dem Baltikum, aus Weißrußland, aus Rumänien, Jugoslawien und Südtirol. Auf dem Wege waren, dem Bericht zufolge, noch 400 000 weitere »Volksdeutsche« aus Südtirol und aus der Ukraine. Das heißt, mitten im Krieg auf Leben und Tod wurde eine Art Völkerwanderung in Szene gesetzt, wurde eine Million Menschen hin und hergeschoben, die meisten gegen ihren Willen. Sie ließen an Vermögenswerten – geschätzt – 4,5 Milliarden RM zurück und führten insgesamt 700 000 Gepäckstücke mit ihrer Habe mit sich, also nicht einmal ein größeres Gepäckstück je Person. 1 500 Gebäude und Baracken wurden für sie benötigt, ferner 135 Seeschiffe und Kähne, 14 200 Eisenbahnwaggons und Tausende von Lastkraftwagen und Fuhrwerken für den Transport ihrer Habseligkeiten.¹³

Der großen Planung nach sollten die genannten 15,7 Millionen Siedler aus aller Welt zusammengestellt werden, auch aus Übersee. Vorzugsweise versprach die Naziführung deutschen Kriegsteilnehmern, besonders »Kriegsversehrten«, nach dem Krieg Landgüter und Siedlungshöfe im Osten. Hitlers Generale, Minister und Ritterkreuzträger in großer Zahl bemühten sich schon seit dem Sieg über Polen um Grundbesitz und erhielten oftmals auch großzügige »Dotationen« aus des »Führers« Hand. Heinrich v. Einsiedel, damals junger Fliegeroffizier, berichtet von dieser Art Siegesstimmung unter Offizieren. Auch unter den Mannschaften verbreiteten sich Hoffnungen auf solche

13 Müller, S. 200 f. (wie Anm. 8).

14 Siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II, Berlin 1985 und München 1999/2003, S. 429.

Beute. Heinrich Böll, damals Soldat im Osten, hat das an sich selbst beobachtet. Ein Prinz zu Sayn und Wittgenstein fragte bei seiner Hausbank, der Deutschen Bank, um Hilfe an wegen des »Rückerwerbs« seiner »russischen Güter« in einer Größenordnung von 300 000 Morgen und mehr.¹⁴ Schließlich aber, in der Zeit der großen Rückzüge, kam es so weit, daß SS-Stellen Rechnungen aufmachten, wieviel Menschen man nach dem Verlust von Haus und Habe aus den bombenzerstörten deutschen Städten für die spätere Ostsiedlung rekrutieren könnte.

Nach der Statistik des Himmlerschen Stabes von Ende 1942 sind von den 629 000 Umsiedlern 445 000 neu angesiedelt worden. Davon im einzelnen:

- Annektierte westpolnische Gebiete: Ansiedlung von 332 000 Umsiedlern; 65 000 Höfe wurden »ausgewählt, freigemacht und mit Umsiedlern besetzt«,

- »Protektorat Böhmen und Mähren«: »zurzeit (werden) 6 000 Umsiedler aus dem Südosten und 600 Luserner und Fersentaler angesiedelt«,

- Generalgouvernement: Im Distrikt Lublin »werden seit einigen Monaten Umsiedler aus verschiedenen Herkunftsländern angesiedelt, ferner Volksdeutsche und Deutschstämmige aus dem übrigen Generalgouvernement«,

- Litauen: »Nach Litauen wird die Mehrzahl der einwandfreien Litauendeutschen (28 000) wieder zurückgeführt. 17 000 sind bereits geschlossen und unter verbesserten Lebensbedingungen wieder angesiedelt«

- Besetzte Ostgebiete: »zurzeit (werden) rund 40-60 000 Ostwolyhniendeutsche bei drei Stützpunkten zwischen Schitomir und Winiza zusammengezogen und angesiedelt«. »Betreuung der 127 000 Volksdeutschen in Transnistrien (rumänisch okkupiertes ukrainisches Gebiet östlich des Dnjestr – D. E.) ... auf Grund einer Vereinbarung mit der rumänischen Regierung«; »Die Umsiedlung der Transnistriendeutschen nach der Krim und der Volksdeutschen aus den Nachbargebieten der Krim ist in Vorbereitung«.¹⁵

15 Müller, S. 202 f. (wie Anm. 8).

Im dunkeln liegt dabei für die Forschung noch, was die Wehrmacht an »Aus«- und »Umsiedlungen« vollbracht hat.

Natürlich sind solche Zahlen mit Vorsicht zu betrachten. Es handelt sich um einen Erfolgsbericht eines großen bürokratischen SS-Apparats, in dem die furchtbaren Begleitumstände für die aus- und umgesiedelten Menschen gänzlich verschwiegen wurden, andererseits aber die Zahlen eher nach oben als nach unten abgerundet sind.

Gegenzurechnen wären hier, soweit vorhanden, die Angaben über die Räumung derart besiedelter Gebiete bei den späteren Rückzügen der Wehrmacht. So mußten beim Rückzug aus der Südukraine im Herbst 1943 ca. 100 000 Siedler im Treck oder mit der Eisenbahn (!) flüchten, die fast alle »ihre« Habe außer dem Vieh zurücklassen mußten.¹⁶ Von dort, wo sie untergebracht wurden – im Bezirk Schitomir, in Wolyhynien-Podolien und weiter westlich – flüchteten sie endgültig im Jahre 1944.

16 Müller, S. 208 f., Dok. 38, Rs. Ostministerium, 26. 10. 1943.

17 Eine Ausnahme bildet das Werk von Karl Stuhlpfarrer: Umsiedlung Südtirol 1939-1940, 2 Bde., Wien/München 1985.

Das Schicksal der Hunderttausende deutscher, volksdeutscher und »germanischer« Siedler ist keineswegs gründlich erforscht.¹⁷ Mit skrupellosen Versprechungen auf guten bäuerlichen und gewerblichen Besitzstand und auf ein »Herrenmenschen«-Dasein mit mehr oder weni-

ger Überredung, Druck und Gewalt mobilisiert, wurden sie wie Schachfiguren in der Geographie Europas herumgeschoben. Jahrelang von Lager zu Lager geschleust, früher oder später mitunter auch angesiedelt, wurden sie schließlich auf den Rückzügen der Wehrmacht ins Ungewisse mitgerissen.

Genauere Antworten fehlen zu den meisten Fragen. Wie war das Verhältnis zwischen Kommandierung und Freiwilligkeit bei der Anwerbung? Welche hauptsächlichen Motive hatten die Betroffenen für das Verlassen der alten Heimat? Gab es Widerstand dagegen? Wohin flossen zu welchen Zeiten welche Siedlerströme, wie funktionierte die Gesamtorganisation der »Umsiedlung«? Wie lange dauerte und wie gestaltete sich das Leben der Umsiedler in den Lagern? Wie entwickelte sich ihre politische Einstellung und Mentalität unter der Einwirkung der NS-Propaganda und der realen Verhältnisse? Welchen Ausgang nahm die Umsiedlung der beteiligten Volksgruppen und der einzelnen Siedler und Siedlerfamilien am Kriegsende und in der Nachkriegszeit? So viele Fragen, so wenig Antworten.

Werfen wir abschließend einen Blick auf die eigentlichen Täter, die ausführenden Verbrecher. Die Mörder selber, die in den Einsatzgruppen der SS, in ungezählten Einheiten der Wehrmacht und an den Schaltstellen der Okkupationsbürokratie die besetzten Gebiete mit Mord und Brand überzogen, sind nur zu einem kleinen Bruchteil überhaupt einer Strafe zugeführt worden. Zu Zehntausenden sind sie untergetaucht und konnten kurze Zeit nach dem Krieg im Westen Deutschlands und anderswo ein »normales« Leben führen, meist ohne überhaupt verfolgt oder gar verurteilt zu sein.

Ich möchte nur einen besonders wichtigen und besonders bekannten Fall herausgreifen, den Fall des führenden SS-Wissenschaftlers und Experten Himmlers, der diesem die wichtigsten Fassungen des GPO ausarbeitete. Er ragte heraus aus der Zahl jener Dutzende, ja Hunderte von Geowissenschaftlern, Bevölkerungs- und Landesplanern, Rassekundlern und Eugenikern, Ethnologen und Anthropologen, Biologen und Medizinern, Wirtschaftswissenschaftlern und Historikern, die den Völkermördern Unterlagen für ihr blutiges Werk lieferten. Gerade der »Generalplan Ost« vom 28. Mai 1942 war ein Spitzenerzeugnis solcher Schreibtischmörder. Er war in der Tat, wie Miroslav Kárny schrieb, der verstorbene tschechische Historiker und Freund, ein Plan, »in dem Gelehrsamkeit steckte, eine entwickelte Technik der wissenschaftlichen Arbeit, die Erfinderkraft und der Ehrgeiz der führenden Wissenschaftler des faschistischen Deutschlands«, ein Plan, »der die verbrecherischen Phantasmagorien Hitlers und Himmlers zu einem vollendet ausgearbeiteten System führte, durchdacht bis in alle entscheidenden Details, durchgerechnet bis zur letzten Mark.«¹⁸

Der federführende Autor dieses Plans, der ordentliche Professor und Leiter des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Universität Konrad Meyer, genannt Meyer-Hetling, war ein Musterexemplar solcher Wissenschaftler. Himmler machte ihn zum Leiter des »Stabshauptamts für Planung und Boden« in seinem »Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums« und zum SS-Standard-, später SS-Oberführer (entsprach dem Rang eines Obersten). Zugleich als führender Landesplaner im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, beim »Reichsbauernführer« und im

18 Miroslav Kárny: Generální plan Vychod, in: Československý časopis historický, 3/1977, S. 371 (meine Übers.).

Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete anerkannt, war Meyer 1942 zum obersten Entwicklungsplaner für das gesamte deutsche Herrschaftsgebiet avanciert. Persönlich war er ein übler Karrierist, servil gegenüber Himmler, dafür ein brutaler Antreiber der ihm untergeordneten Wissenschaftler, von denen er bis zu zwei Dutzend beschäftigte.

Meyer mußte seit Beginn des Krieges über alle geplanten Schandtaten genauestens Bescheid; hatte er doch selbst die entscheidenden Gutachten und Pläne dafür verfaßt. In den annektierten polnischen Gebieten, so verkündete er die offizielle Meinung schon Anfang 1940, setze man voraus, »daß die gesamte jüdische Bevölkerung dieses Gebietes von rund 560 000 bereits evakuiert ist bzw. noch im Laufe dieses Winters das Gebiet verläßt.« Um die annektierten Gebiete mindestens mit 4,5 Millionen Deutschen (bisher 1,1 Millionen ansässig) zu bevölkern, müßten »Zug um Zug (weitere) 3,4 Millionen Polen« vertrieben werden.¹⁹

Weit größere, ehrgeizigere Ziele reizten ihn kaum anderthalb Jahre später in der UdSSR. Die deutsche »Raumnot«, frohlockte er damals, könne jetzt endlich mittels »neuer schöpferischer Gestaltung« großer Räume behoben werden. »Erst die Vernichtung der sowjetischen Herrschaft und die Einbeziehung weiterer östlicher Räume in den europäischen Lebensraum gibt dem Reich die volle Planungsfreiheit zurück und ermöglicht auch die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete.«²⁰

Meyer starb friedlich 1973, mit 72 Jahren, als wohl pensionierter westdeutscher Professor. Der Skandal um diesen Nazimörder begann nach dem Krieg mit seiner Rolle während der Nürnberger Nachkriegsprozesse. Er war mit anderen SS-Chargen im sogenannten Rasse- und Siedlungshauptamts-Prozeß (»Fall 8«) angeklagt und wurde von dem US-Gericht nur wegen seiner SS-Mitgliedschaft geringfügig verurteilt und 1948 freigelassen. Im Urteil räumten die amerikanischen Richter zwar ein, daß er als hoher SS-Offizier und enger Mitarbeiter Himmlers »Kenntnis« von der verbrecherischen Tätigkeit der SS gehabt haben müsse. Sie bescheinigten ihm aber, daß ihm »nichts Belastendes« in puncto »Generalplan Ost« nachzuweisen sei, daß er »nichts über Evakuierungen und andere einschneidende Maßnahmen« gewußt habe – und daß dieser Plan sowieso »niemals Wirklichkeit geworden« sei.²¹ Tatsächlich konnte der Anklagevertreter damals noch keine hieb- und stichfesten Beweise vorlegen, da die Quellen, insbesondere der Generalplan von 1942, noch nicht entdeckt waren. Das Gericht urteilte im übrigen schon damals im Geiste des Kalten Krieges, das heißt, im Sinne der Entlastung »honoriger« NS-Verbrecher und möglicher späterer Verbündeter, und dachte gar nicht daran, polnische und sowjetische Experten als Zeugen heranzuziehen.

Die wissenschaftliche Untersuchung des »Generalplans Ost« ist inzwischen weit vorangetrieben worden. Ihre Erkenntnisse haben allerdings in Deutschland noch immer beschämend wenig öffentliche Aufmerksamkeit und Widerhall gefunden.

19 »Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete« (Januar 1940), in: Konrad Meyers erster »Generalplan Ost« (April/Mai 1940), o. V., Dok. 1, S. 1, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, H. 4/1985.

20 Joachim Wolschke-Bulmahn: Gewalt als Grundlage nationalsozialistischer Stadt- und Landschaftsplanung in den »eingegliederten Ostgebieten« (Zitat aus: Konrad Meyer: Reichsplanung und Raumordnung im Lichte der volkspolitischen Aufgabe des Ostaufbaus, 1942), in: Rössler, Schleiermacher, S. 330 f.

21 Mechtild Rössler: Konrad Meyer und der »Generalplan Ost« in der Beurteilung der Nürnberger Prozesse. In: Rössler, Schleiermacher, S. 366, Dok. 11, Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes (richtig: US-Militärgerichtshof I – D. E.) in Nürnberg gegen Konrad Meyer-Hetling, Auszug aus dem Sitzungsprotokoll.

JOACHIM WAHL

Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr

*»Angezogen vom Parfümduft der Eliten
und abgestoßen vom Geruch des Volkes«?*

Marta Harnecker, Anspielung auf ein Lula-Zitat

Seit über einem Jahr wird Brasilien von einem Arbeiter regiert, der zusammen mit seiner Partei, der PT (Partido dos Trabalhadores – Arbeiterpartei), im Oktober 2002 einen beachtlichen Wahlsieg errang und zum Beginn des Jahres 2003 eine Mitte-Links-Regierung bildete.¹ Obwohl dies eine erst kurze Regierungszeit ist, sind die Meinungen zum Wirken und zum Vorgehen der Regierung Lula bereits erheblich geteilt. Heute hat es den Anschein, als ob die Linke in Brasilien gerade wegen dieser Regierung, die sie eigentlich unterstützen mußte, uneiniger ist als je zuvor. Es war gerade eben die Gesamtheit der Linken, die diese Regierung wählte und auch wollte.

Der öffentliche Anlaß zur Explosion der Meinungen zur Regierung und zur PT war der Ausschluß einer Gruppe von vier Parlamentariern,² die Front gegen das Gesetz zur Reform der Sozialversicherung³ machten und diese Reform ablehnten. Sie wurden als »linke radikale Gruppe« bezeichnet, die die Regierung Lula aus der PT heraus wegen ihrer eingeschlagenen Wirtschafts- und Reformpolitik grundsätzlich kritisierte. Der Ausschluß der Vier erfolgte am 12. Dezember 2003 mit der Begründung, daß sie sich nicht an die Beschlüsse der Fraktion hielten, die Parteidisziplin verletzten, sich den Beschlüssen der Partei widersetzten, öffentliche Proteste gegen die Regierung unterstützten und PT-Mitglieder verunglimpften.

In der Resolution des Nationaldirektorats der PT, die in der gleichen Sitzung angenommen wurde, wird, ohne den Ausschluß explizit zu erwähnen, gefordert: »Deshalb ist die Partei, sind ihre Mitglieder und ihre parlamentarische Fraktion, ohne ihre Unabhängigkeit zu verletzen, die besten Garanten und wichtigste Basis für die Unterstützung der Regierung. So müssen sie Schritt für Schritt die Regierung bei der Realisierung ihrer bedeutenden Entscheidungen begleiten und an ihnen teilnehmen.« Präsident Lula und weitere Minister seiner Regierung blieben der Sitzung fern. Jedoch wurde deutlich, daß es Lula war, der Treue zur Partei einforderte und für den Ausschluß plädierte.

Noam Chomski und andere Intellektuelle hatten sich an Präsident Lula gewandt und vor dem Ausschluß der vier Parlamentarier aus der PT gewarnt. Andere Stimmen sprachen von einem Rückfall in stalinistische Zeiten. Der Ausschluß dieser Gruppe aus der PT stellt zweifellos eine Zäsur für die weitere Entwicklung der Partei dar, da sich die Mehrheitsströmung rigoros gegen andere Auffassungen in

Joachim Wahl – Jg. 1936; Politikwissenschaftler; nach Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau von 1965 bis 1989 Tätigkeit in verschiedenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas; seit Ende 2002 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo (Brasilien).

1 Die Koalitionsregierung wurde gebildet von der PT, der PC do B (Kommunistische Partei Brasiliens), der PDT (Demokratische Arbeiterpartei), der PPS (Sozialistische Volkspartei), der PSB (Brasilianische Sozialistische Partei), der PTB (Brasilianische Arbeiterpartei), der Grünen Partei (PV) und der bürgerlichen Liberalen Partei (PL). Die PDT ist inzwischen aus der Koalition ausgeschieden, da sie die Politik der Regierung Lula ablehnt.

der PT durchsetzte. Es kam zu Parteiaustritten, Erklärungen verschiedenster Persönlichkeiten machten die Runde, und überall wurden Seminare und Versammlungen zum Thema »Ein Jahr Regierung Lula« durchgeführt. Dabei war vor allem zu vernehmen: Die Regierung Lula verfolge eine Wirtschaftspolitik, die – wie Ökonomen, die Medien und große Teile der PT meinen – keine Änderung der Politik im Vergleich zur Vorgängerregierung Fernando Henrique Cardoso erkennen lasse, sondern sich weiter in erster Linie um das »Vertrauen« der internationalen Finanzmärkte bemühe, und die PT sei angesichts der Anforderungen, die an eine Regierungspartei gestellt werden, in eine Krise geraten. So sagte auch der Berater der Präsidentschaft der Republik für internationale Fragen, Marco Aurelio Garcia, die PT durchlebe eine schwere Zeit, sie befinde sich in einer Krise.⁴

Ist damit die Euphorie, die große Teile der Linken – auch außerhalb Brasiliens – erfaßt hatte, vorüber? Ist das Experiment Lula schon nach dem ersten Jahr seiner Regierung beendet?

Kontroverse Stellungnahmen

Der Präsident der Gewerkschaftszentrale CUT, Luiz Marinho, machte in seiner Einschätzung der Regierung Lula geltend: »Wenn die Regierung Lula eine Niederlage erleidet, kommt als Nachfolge keine Regierung, die weiter links steht. Wahrscheinlich werden wir Jahre brauchen, um eine neue Chance zu erhalten, daß Arbeiter jemanden wählen, der die Möglichkeit hat, eine neue Entwicklungsrichtung für Brasilien einzuschlagen.«⁵ Damit wird an Einschätzungen angeknüpft, die bereits Ende 2002 und Anfang 2003 gegeben wurden und in die gleiche Richtung zielten und besagten, daß mit der Wahl Lulas eine Wende in Brasilien eingeleitet werden kann. So hieß es im Abschlußdokument des »Forums von São Paulo«: »Bei den Wahlen im Oktober in Brasilien gelangte die Linke unter der Führung von Lula in einem breiten Bündnissystem an die Regierung. Die Eroberung der Macht durch die Linken im größten Land des Kontinents hat außerordentliche Bedeutung. Damit verändert sich das Kräfteverhältnis in unserer Hemisphäre, und es ist ein starker Antrieb für die Kämpfe um Demokratie und sozialen Fortschritt.«⁶

Eine solche Einschätzung verweist auf wichtige Aspekte der Entwicklung in Brasilien und Lateinamerika: Die PT als relativ junge Partei, die im Widerstand gegen die Militärdiktatur entstand und Ausdruck des Kampfes des brasilianischen Volkes um Demokratie und Selbstbestimmung ist, wird als Verkörperung der Veränderungen angesehen, die sich in Brasilien vollzogen und auf die Entwicklung in ganz Lateinamerika Einfluß haben. Der Sieg der PT im Oktober 2002 wird als Teilerfolg linker und emanzipatorischer Kräfte des Kontinents auf dem Wege zur Überwindung der Abhängigkeit und zur sozialen Befreiung angesehen. In der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus erweckte der Erfolg der PT neue Hoffnungen und neue Kräfte, wie sie sich in drei Weltsozialforen in Porto Alegre manifestierten.

Eine gänzlich andere Sichtweise kommt hingegen in der Position von Francisco de Oliveira, Professor der Soziologie⁷ und Mitbegrün-

2 Aus der PT wurden auf der Tagung des Nationaldirektoriums mit 55 gegen 26 Stimmen ausgeschlossen: Heloísa Helena, Senatorin, Staat Alagoas; Joao Batista »Babá«, Staat Pará; Luciano Genro, Staat Rio Grande do Sul; Joao Fontes, Staat Ceará.

3 Die Sozialversicherungsreform (oder Rentenreform), die im August 2003 vom Abgeordnetenhaus von 358 gegen 126 Stimmen angenommen wurde, sieht eine Angleichung der Renten zwischen Staatsangestellten und privaten Arbeitnehmern vor. Entgegen der bisherigen Praxis – Zahlung entsprechend dem letzten Gehalt in voller Höhe – soll die Rente 60-70 % des Einkommens der aktiven Zeit ausmachen. Das Rentenalter (Frauen 55, Männer 60) wird heraufgesetzt. Es wird eine Höchstrente von 2400 Reais festgesetzt.

4 Folha de São Paulo, 15. Dezember 2003.

5 Teoria e Debate, Nr. 55, September/November 2003, S. 8. – Luiz Marinho war auf dem CUT-Kongreß im April 2003 ins Amt des CUT-Präsidenten gewählt worden. Als Gewerkschaftsfunktionär gilt er als ein Mann Lulas. Das Interview, aus dem zitiert wurde, ist betitelt mit »Eine schwierige Beziehung«.

6 Abschlußdokument des XI. Treffens des São Paulo Forums vom 2. bis 4. Dezember 2002 in Antigua, Guatemala.

7 Oliveira ist Leiter der Abt. Soziologie an der Fakultät für Philosophie, Literatur und Humanwissenschaften der Universität Sao

Paulo und Koordinator des Studienzentrums der Bürgerrechte. Siehe in UTOPIE kreativ seinen Beitrag »São Paulo als ›Lackmustest‹ der Partizipativen Haushaltsführung«, Heft 158 (Dezember 2003), S. 1117-1125.

8 Folha de São Paulo, 14. Dezember 2003. Fernando Henrique Cardoso (FHC) war Präsident Brasiliens in den beiden Wahlperioden von 1994 bis 2002.

9 Carta Capital, Nr. 268, XI/2003, S. 33.

der der PT, zum Ausdruck. Er erklärte nach Ausschluß der vier Parlamentarier seinen Austritt aus der PT: »Ich habe kein Vertrauen mehr zu den Führern der Partei – also zu denen, die in der Regierung tätig sind und zu denen, die in den Parteinstanzen arbeiten.« Im weiteren erklärte er, daß entgegen ihren Wahlversprechungen die Regierung Lula eine zerstörerische Wirtschaftspolitik realisiere und eine gegen die arbeitenden Menschen gerichtete Sozialversicherungsreform durchsetze. Die Politik der Regierung Lula sei auf die Erfüllung der Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgerichtet und nicht auf die versprochenen sozialen Reformen. Sie sei eine Regierung des »dritten Mandats für Fernando Henrique Cardoso« (FHC).⁸

Die PT – so de Oliveira weiter – habe ihren Charakter strukturell verändert, so daß eine Umkehr oder Wende nicht zu erwarten sei. Sie sei gemeinsam mit der PSDB eine Partei des Zentrums geworden, verbürokratisiert, verbürgerlicht und »früh gealtert«. Sie tausche die Hegemonie, die sich in einer breiten Bewegung im Kampf gegen die Diktatur formierte, gegen ad-hoc-Allianzen ein, die keinen politischen Bestand haben werden. Zur Person Lula meinte de Oliveira, daß, wenn er sich als charismatische Persönlichkeit der Tragweite seiner Verantwortung bewußt sei, die Politik im Sinne der Zivilgesellschaft Brasiliens einem ernstesten Risiko ausgesetzt werde, weil der Mythos Lula die Politik zerstören könne.

Andere Intellektuelle beziehen ähnliche Positionen wie de Oliveira und befürchten, daß diese Entwicklungsrichtung der Regierung Lula sich noch verstärken werde und auch künftige Entscheidungen im Sinne der Forderungen des IWF anfallen werden.

Andere wiederum sehen eine solche Bewertung der Vorgänge als voreilig an und setzen auf Dialog mit der Regierung und gleichzeitige Druckausübung. Joao Pedro Stédile, einer der Führer der Bewegung der Landlosen (MST), vermeidet Kritiken an der Regierung Lula und unterstreicht sein Vertrauen in ihn, was er damit begründet, daß Lula sehr genau wisse, »dass er, wenn er kein umfassendes Programm einer Agrarreform durchführt, Gefahr läuft, eine Regierung angeführt zu haben, die gescheitert ist.«⁹

Diese Position erklärt sich aus der Geschichte der PT und aus dem Verlauf des Wahlkampfes. Die PT unterstützte in ihren programmatischen Erklärungen immer die Forderungen nach einer umfassenden Agrarreform in Brasilien. So war auch ihr Wahlkampf gestaltet, in dem sie die Ansiedlung von landlosen Bauern unterstützte. Die MST rechnet der Regierung nun vor, daß es erforderlich wäre, Mittel, die die Nationale Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES) für Kreditlinien zur Finanzierung von multinationalen Unternehmen bereitstellt, zur Finanzierung von landwirtschaftlichen Kooperativen auszugeben. Mit einer solchen Forderung stellt sich die MST nicht gegen die Regierung, sondern verweist auf das Hauptproblem Brasiliens: Allein im Jahre 2003 muß Brasilien 89 Mrd. Reais für den Schuldendienst aufbringen, die besser für soziale Zwecke verwandt werden sollten.

Die von Aktivisten der MST dem Präsidenten während einer Manifestation der MST in Brasilia im November 2003 direkt überbrachten Forderungen zeigten Wirkung. Lula wiederholte in seiner Ansprache »Bilanz des ersten Jahres«, daß die Regierung bis 2006

eine umfassende Agrarreform durchführen und bis zu 530 000 Familien ansiedeln werde.¹⁰

Die Position der Regierung

In seiner Rede zur Ein-Jahres-Bilanz erklärte Präsident Lula, daß die »Zeit der Ungewißheiten vorbei ist und wir das Vertrauen in unsere Wirtschaft und in die Fähigkeit des Wachstums des Landes wiedergewonnen haben.« Nach seiner Einschätzung sei damit die Möglichkeit gegeben, ein nachhaltiges Wachstum zu realisieren und Aufgaben zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit zu lösen. Gleichzeitig habe das bedeutet, einige »bittere Maßnahmen« einzuleiten, um dem Land größere Stabilität zu verleihen.

Seine Argumente: Das Land befand sich Ende 2002 am Rande einer schweren Krise, die sich in einer steigenden Inflationsrate und in schwindendem Vertrauen in die Wirtschaft Brasiliens ausdrückte. Die Kapitalinvestitionen waren rückläufig und brasilianische Aktien wurden an den Börsen mit weniger als 50 % ihres Wertes gehandelt.¹¹

Die Inflationsrate, die 2002 bei ca. 30 % lag, wurde durch die Erhöhung der Zinsrate angehalten und wird 2004 nur ca. 5,5 % ausmachen. Im Unterschied zur Regierung FHC, die die steuerlichen Ungleichgewichte durch die Erhöhung der Steuerbelastung (28 bis 36 % in der Zeit zwischen 1995 und 2002) auszugleichen versuchte, brach die Lula-Regierung mit diesem Modell und entschied sich für die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Das machte eine rigorose Kontrolle des öffentlichen Haushaltes erforderlich. Festgelegt wurde per Haushaltsgesetz ein primärer Exportüberschuß von 4,25 % im Vergleich zum BIP. Damit wurde erreicht, daß die Risikoprämien für Staatsanleihen fielen und sich unter 500 Punkten (Ende 2002 bei ca. 2500 Punkten) einrangierten. Mit diesem Modell soll die Tendenz zur Erhöhung der Verschuldung des öffentlichen Sektors im Vergleich zum BIP (2002 betrug diese 62,51 %) gestoppt werden.

Die Kontrolle der Inflationsrate bewirkte gleichzeitig eine Tendenz zur Senkung der erhöhten Zinsrate, die 2003 von 26,5 % auf ca. 17,5 % durch die Zentralbank reduziert wurde. Zu verzeichnen ist auch eine Reduzierung der Zinsrate des Marktes, die innerhalb des Jahres 2003 um ca. 30 % fiel (auf ca. 18 % Oktober 2003).

Diese Maßnahmen führten zur Wiederbelebung der Industrieproduktion und zur Erhöhung des Exports, so daß der primäre Exportüberschuß bei 4,25 % liegt (das sind real 24 Mrd. US\$ Überschuß). Allerdings ist mit einer Erhöhung der Industrieproduktion von ca. 0,5 % noch keine wesentliche Senkung der Arbeitslosenzahlen zu erwarten, die in städtischen Großräumen bei 13 % (São Paulo bei 20 %) liegen. Erst ein industrielles Wachstum von 3 % würde eine wesentliche Erleichterung bringen. Auch andere Kriterien wie Investitionsrate oder ausländische Investitionen bleiben vorerst negativ. 2003 lag die Investitionsrate bei ca. 17,6 % des BIP, die schlechteste der letzten Jahre. Ausländische Investitionen fielen sogar um 50 % im Vergleich zu 2002.¹²

Lula verwies andererseits auf die positiven Auswirkungen der Steuerreform und der Reform der Sozialversicherung. Das sei praktisches Ergebnis eines neuen föderativen Paktes, der in den Verhandlungen mit den Bundesstaaten und den Gemeinden, in denen

10 www.pt.org.br/noticias, 18. Dezember 2003. Am 21. November 2003 wurde in Brasília der »Nationale Plan der Agrarreform« veröffentlicht. Der Plan sieht u. a. vor: Enteignung ungenutzten Landes, produktive Integration verschiedener landwirtschaftlicher Segmente im Rahmen eines territorialen Entwicklungsplanes, Schaffung neuer Arbeitsplätze für landlose Bauern, Förderung der Familienbetriebe, Kreditvergabe an Familienbetriebe aus dem Verkauf von Landtiteln (TDA).

11 www.pt.org.br/noticias, 18. Dezember 2003.

12 Die Zahlenangaben entstammen der Resolution des Nationaldirektorats der PT v. 13. Dezember 2003.

13 www.pt.org.br/noticias, 18. Dezember 2003.

Eine Mehrheit in der Kammer und im Senat kann die PT nur erreichen, wenn sie sich mit Teilen der PSDB (Sozialistische Demokratische Partei Brasiliens) und der PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens) einigt.

14 Die Resolution war von der Mehrheitsgruppe, der »Artikulation«, dem Nationaldirektorat vorgeschlagen worden und wurde mit 46 von 73 Stimmen angenommen.

15 Folha de São Paulo, 14. Dezember 2003.

16 Der Brief wurde am 22. Juni 2002 veröffentlicht. Er wurde nicht von der Basis, sondern nur im Nationaldirektorat verabschiedet. Vgl. auch www.pt.org.br/documentos.

17 Koalitionspartner ist die Partido Liberal (PL); deren Vorsitzender, José Alencar, ist Vizepräsident Brasiliens. Alencar ist einer der größten Textilproduzenten Brasiliens. José Dirceu in seiner Rede zum Amtsantritt im Januar 2003: »Wir gingen eine breite, generöse Allianz ein. José Alencar repräsentiert diese Allianz. Wir als linke Partei streckten unsere Hand dem brasilianischen Unternehmertum aus und schlugen einen Pakt vor.« Vgl. PT Noticias, Nr. 97, 2003.

die Opposition regiert, erreicht wurde. Die PT hatte weder in der Abgeordnetenversammlung noch im Senat eine eigene Mehrheit; diese sei erst durch »die Anstrengungen des Präsidentenamtes« erzielt worden.¹³ Mit der Annäherung der PT an Mitte-Rechts-Parteien (PP-Volkspartei, PMDB-Partei der Demokratischen Bewegung, PTB-Partei der Arbeit) in Kammer und Senat entstand eine breite und heterogene Basis für die Regierung Lula, mit der es möglich wurde, die Annahme der Reformen durchzusetzen.

Erfolge auf sozialem Gebiet – so Lula – zeigten sich in der Realisierung des Programms »Unterstützung der Familie« (263 Mio. Reals für 13 Mio. Menschen) und des »Null-Hunger-Programms«, von dem 5 Mio. Personen profitierten. In gleicher Weise werde das Programm für Mikrokredite erfolgreich realisiert, das insbesondere den bäuerlichen Kleinproduzenten zugute kommt.

Sowohl die Rede Lulas als auch die vom Nationaldirektorat angenommene Resolution¹⁴ stimmten im Tenor überein: Das erste Jahr Lula-Regierung ist positiv zu bewerten. Während der Sitzung des Nationaldirektoriums forderte der Minister des Präsidentenamtes José Dirceu die Stärkung der Einheit der PT. Er beschuldigte die ausgeschlossene Gruppe, nicht zu beachten, daß die PT »mächtige Feinde« habe und sie mit ihren öffentlichen Kritiken die Regierung Lula nach rechts drücken könnte. Gleichfalls charakterisierte José Dirceu intellektuelle, die die Regierung Lula kritisieren, als »kleinbürgerlich«. Nach seiner Meinung verstünden sie weder die Tragweite noch die Notwendigkeit der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen.¹⁵

Die Tagung des Nationaldirektorats machte insgesamt deutlich, daß es neben der Gruppe der Ausgeschlossenen weitere Opponenten gegen den Kurs der Regierung im Nationaldirektorat gibt, die, mit unterschiedlichen Nuancen, ein Abgehen vom gegenwärtigen Wirtschaftsmodell fordern, einschließlich der Ablehnung eines weiteren Vertrages mit dem IWF.

Die Regierung Lula und die reale Situation Brasiliens

Im »Brief an das brasilianische Volk« vom Juni 2002,¹⁶ der eine entscheidende Bedeutung im brasilianischen Wahlkampf und für die Herausbildung der Allianz der PT mit der Liberalen Partei¹⁷ gewinnen sollte, kommen bereits Grundzüge der heutigen Politik der Regierung Lula zum Ausdruck. Seine Grundthesen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Erstens: Das Modell, das die Regierung FHC anwandte, hat sich überholt. Dazu gibt es in allen Klassen und Regionen des Landes Konsens. Ein alternatives Modell ist erforderlich, das insbesondere Brasilien als unabhängige Nation voranbringt.

Zweitens: Eine breite Koalition, bis hinein ins Unternehmertum, hat sich herausgebildet, die Aspekte einer Überparteilichkeit angenommen hat.

Drittens: Brasilien muß den Weg struktureller Reformen gehen, um international mithalten zu können. Die Transformation Brasiliens kann nicht überstürzt werden, sie kann weder eine einseitige Entscheidung seitens der Regierung sein, noch kann sie per Dekret voluntaristisch durchgesetzt werden. Sie kann nur Ergebnis eines breiten nationalen Dialoges sein, der sich in einem neuen Sozialpakt niederschlägt.

Viertens: Voraussetzung für eine Transformation ist die Einhaltung der Verträge und Verpflichtungen des Landes.

Fünftens: Brasilien kann nur über den Weg der Erhöhung des Exportes die finanzielle Anfälligkeit überwinden und muß eine Politik der Substitution der Importe betreiben. Damit verbunden werden muß die Aufwertung des Agrobusiness und der Familienwirtschaften.

Sechstens: Die brasilianische Außenpolitik hat die Aufgabe, die kommerziellen Interessen Brasiliens zu unterstützen und mitzuhelfen, daß die Barrieren, die durch die Industrieländer gegen die Entwicklungsländer errichtet wurden, beseitigt werden.

Nach einem Jahr Regierung Lula wurde deutlich, welche Politik dieser Brief schon Mitte 2002 einleitete. Die Transformation Brasiliens, besser der Übergang von einem Modell zu einem anderen, geschieht im Rahmen der gegebenen Verhältnisse. Wenn das Modell des Präsidenten FHC ein umfassendes neoliberales darstellte, so war die Ankündigung des neuen Modells, das die Regierung Lula anstrebt, erst einmal nichts anderes, als die bestehenden Verpflichtungen, vor allem gegenüber dem IWF, einzuhalten (Zahlung der 30 Mrd. US\$ und weitere strukturelle Anpassungen). Die beabsichtigte Transformation hat in diesem Sinne vor allem makroökonomische Zielstellungen und ist auf die Rückgewinnung der notwendigen wirtschaftlichen Unabhängigkeit ausgerichtet, auf deren Basis ein anderes Entwicklungsmodell angestrebt werden kann.

Nach Einschätzung der Regierung ist die erste Etappe der Transformation noch nicht abgeschlossen. Wirtschaftsminister Antonio Palocci erklärte auf der Tagung des Nationaldirektorats, daß er dafür sei, den primären Exportüberschuß mit 4,25 % für mindestens zehn Jahre beizubehalten, und forderte abermals die Autonomie der Zentralbank, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt ist.¹⁸

Gleichzeitig wurde seitens des IWF die Erweiterung des Abkommens aus dem Jahre 2002 bestätigt und Brasilien eine Kreditlinie von 14 Mrd. US\$ bereitgestellt. Ricardo Carneiro, Professor an der Universität Campinas, sagt dazu: »Die Taktik der Regierung, sich das Vertrauen der Finanzmärkte zu sichern, heißt, sich weiter in die Abhängigkeit des Internationalen Währungsfonds zu begeben.«¹⁹ Die Kritik, die von dieser Seite laut wird, anerkennt zunächst die Notwendigkeit der Bindung an den IWF. Sie verweist dann aber darauf, daß es notwendig sei, die Fähigkeit des Staates zur Regulierung der Wirtschaft zurückzugewinnen. Die zentralen Achsen dieses Projektes wären: Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft durch den Staat und Schaffung eines breiten inneren Marktes. In einer neuen Beziehung zwischen Wirtschaft und Staat gehe es vor allem um zwei wesentliche Fragen: um die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und um die Lösung sozialer Fragen. Diese Linie wird von Lula gegenwärtig nur in Ansätzen realisiert. Carneiro vermutet, daß Lula den »Weg des geringsten Widerstandes« gehe, um damit weniger Opposition der politischen Gegner hervorzurufen.²⁰ Es werde jedoch auf diesem Wege die Verwundbarkeit der brasilianischen Wirtschaft und ihre Abhängigkeit von der Entwicklung auf dem Weltmarkt keineswegs gemindert.

Carneiro sieht Probleme, die sowohl den Charakter als auch die reale Lage der Regierung Lula betreffen: Mit der Regierung Lula

18 Folha de São Paulo, 14. Dezember 2003. Die Zentralbank betreffend hat die Regierung am 18. März 2003 eine Absichtserklärung abgegeben, laut der mit dem IWF vereinbart werden soll, ehemalige staatliche föderale Banken zu privatisieren und die Autonomie der Zentralbank zu realisieren.

19 Brasil de Fato, 18.-24. Dezember 2003. – Ricardo Carneiro hat an der Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms für die zukünftige Regierung Lula im Auftrag des »Instituto da Cidadania«, das den Wahlkampf Lulas mitführte, maßgeblich teilgenommen. Carneiro ist Direktor des Studienzentrums für Konjunktur und politische Ökonomie an der Universität Campinas.

20 Interview mit Ricardo Carneiro in www.portoalegre2003, 16. Dezember 2003.

würden alle Widersprüche, die sich in Brasilien akkumuliert haben, verstärkt ausbrechen. Sie werde einen permanenten Raum von Konflikten und von Kampf unterschiedlicher Positionen darstellen. Wie bei einem Schachspiel würden unterschiedliche politische und wirtschaftliche Interessen miteinander ringen.

Schon allein der im »Brief an das brasilianische Volk« angekündigte nationale »Sozialpakt« habe in der Koalition der Regierung Lula die unterschiedlichsten Kräfte zusammen gebracht, die in einigen Fragen übereinstimmen, in anderen aber völlig gegensätzlich sind. Prof. José Luis Fiori, Universität Rio de Janeiro, sieht das wie folgt: »In einigen Fällen ist das eine Entgegensetzung sehr widersprüchlicher Interessen, die sich schon in der Welt der Arbeit ergeben. Aber in vielen anderen sind es sich ausschließende Interessen, die solchen sehr nahe kommen, die zu anderen Zeiten Klassenkampf genannt wurden.«²¹ Damit ist auch gesagt, daß mit der Weiterführung des Reformprogramms neue Konflikte entstehen werden, so in Fragen einer Reform der Arbeitsgesetzgebung, der Bildungsreform, der Reform des Justizwesens etc., die sich mit dem Fortbestehen der Grundkonflikte verstärken werden. Dies sind die Auseinandersetzung mit dem internationalen Finanzkapital und die Bodenfrage.

Eine Transformation stellt die Frage nach der politischen Beziehung zwischen Gesellschaft und Macht. Die Monopolisierung des Reichtums in Brasilien ist nicht einfach Resultat aktueller neoliberaler Politik. Sie ist das Ergebnis einer langfristig wirkenden Tendenz, einer langen Geschichte des Landes, die eine Konzentration von Reichtum hervorbrachte, die über dem Maß der Konzentration von Einkommen liegt. Das bewirkte eine Einschränkung des Marktes und den Ausschluß von mindestens drei Fünfteln der Bevölkerung. Der Neoliberalismus hat diese Beziehung Reichtum-Macht ins Extrem geführt. Der brasilianische Staat ist traditionell Ausdruck und Instrument dieser »Kultur des Reichtums«, d. h. der herrschenden Eliten. Zugleich bewirkt der Föderalismus des Landes eine Aufspaltung in territoriale Autarkien, die über weitgehende legislative, exekutive, juristische und wirtschaftliche Autonomie verfügen. Diese sind kooperativ organisiert.

Die lokalen und föderalen Institutionen (Staat, Polizei, Justiz) sind von oligarchischen Gruppen instrumentalisiert²² und verteilen Ämter und Macht entsprechend klientelistischen Beziehungen. Mindestens 40 % des BIP werden zur Aufrechterhaltung dieses Systems eingesetzt und von den Eliten in Anspruch genommen. Föderale Staaten werden von Familien beherrscht.²³ Korruption und Verbrechen sind Teil dieses Systems, einschließlich der Bindungen zum Drogenhandel und zum gemeinen Verbrechen.²⁴

Jeder Versuch des Staates zur Durchsetzung eines anderen Entwicklungsmodells erfordert tiefgreifende Veränderungen der Institutionen, eine umfassende Demokratisierung des Staates und der Nation. Erste Maßnahmen wurden durch die Lula-Regierung eingeleitet, so das Programm des »Einheitlichen Systems der öffentlichen Sicherheit«, das auf die Stärkung der Föderalen Polizei ausgerichtet ist.

Widerstand der alten Eliten

Im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen – Willkür örtlicher Organe, Folter, Zustände in Gefängnissen, Mordfälle²⁵ – ent-

21 Carta Maior, 10. September 2003.

22 Beispiel: Brasilien verfügt über 700 000 Mann Militär- und Zivilpolizei, von denen nur 7000 der Föderalen Polizei des Bundes angehören; alle anderen sind Polizei der Bundesstaaten!

23 Im Bundesstaat Bahia dominiert die Familie von Antonio Carlos Magalhaes: einem Gouverneur, Senator, Ex-Minister, Präsidenten der Partei der Liberalen Front (PFL), der in der Militärdiktatur zu den Mächtigsten gehörte und heute Präsident der TV Globo Bahia ist.

24 Rio de Janeiro war 2003 Ort einer spektakulären Welle von Gewalt, die seitens lokaler Drogenbosse gegen die Antikorruptionsmaßnahmen der Regierung in Gang gesetzt wurde.

25 Allein in indigenen Gebieten gab es im Jahre 2003 23 Morde an Dorfältesten und indigenen Vertretern. Vgl. Brasil de Fato, 18.-24. Dezember 2003.

sandte die UNO eine offizielle Mission zur Untersuchung der Menschenrechtssituation in Brasilien. Im Ergebnis des Berichtes, der vor allem den Polizei- und Justizapparat als Quelle von zahllosen Willkürakten namhaft machte, gaben sowohl Präsident Lula als auch der Justizminister grünes Licht für eine internationale Untersuchung des Justizapparates. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes des Bundes dagegen lehnte ab und untersagte der UNO-Mission den Zutritt zu den Gerichten.

Ein weiteres Beispiel für die Charakterisierung der realen Lage ist die Annullierung des Gesetzes zum Verbot des Anbaus von genmanipulierter Soja, das die Staatenregierung Paraná durchgesetzt hatte. Anfang Dezember 2003 erklärte der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes des Bundes das Bundesstaatengesetz für unwirksam, da es sich »über die Bundesgesetzgebung hinweggesetzt« habe.²⁶

Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues²⁷ übte im Interesse der Soja-Lobby – und hier insbesondere des Monsanto-Konzerns – Druck auf den Präsidenten aus, so daß dieser – entgegen den Aussagen vor seiner Wahl – eine »einstweilige Maßnahme« verfügte, nach der die Ernte des Jahres einschließlich der genmanipulierten Soja gehandelt werden kann.²⁸

Ein weiterer Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit den alten Eliten (Latifundisten) ist die Landfrage. Vier Millionen Landlose warten darauf, angesiedelt zu werden, während 27 000 Grundbesitzer mit jeweils mehr als 15 000 Hektar Land bereit sind, ihren Besitz mit eigenen bewaffneten Milizen zu verteidigen. Bisher verloren 65 Menschen in der Auseinandersetzung um Land ihr Leben.

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ex-Abgeordneten Plinio Sampaio erarbeitete einen Vorschlag, demzufolge innerhalb von vier Jahren eine Million Familien angesiedelt werden könnten. Die Kosten würden sich auf ca. 18 Mio. Reais belaufen, wobei – so wird von seiten der Gruppe betont – diese Mittel keineswegs aus den für den Schuldendienst bereitgestellten genommen werden müßten. Ihre wesentliche Quelle könnte die Emission von Landtiteln sein. Dieser Vorschlag beinhaltet vor allem aber auch eine Strategie zur Durchführung einer Agrarreform, die von Stedile als eine Agrarreform charakterisiert wird, »die vom Prinzip ausgeht, daß es erforderlich ist, den Besitz an Land zu demokratisieren, indem die großen unproduktiven Liegenschaften enteignet werden, wie das in der Verfassung Brasiliens festgelegt ist.«²⁹ In der öffentlichen Politik sind es die Interessenvertretungen dieser Eliten, wie in diesem Falle die Föderation der Agrarwirtschaft des Staates São Paulo, die die MST als »konfliktverschärfende Kraft« bezeichnen. Der Präsident der Föderation erklärte den von der Regierung erarbeiteten »Plan der Nationalen Agrarreform« als schädlich und unproduktiv.³⁰

Nicht weniger angespannt ist die Lage in den Bundesstaaten des Amazonasgebietes. Dort ist es die nationale und internationale Holzindustrie, die Gesetze und Regelungen des Staates unterläuft und mit Gewalt und Druck versucht, ihre Interessen durchzusetzen. Seit geraumer Zeit wird ein harter Kampf um die Markierung von Indianerreservaten in den Bundesstaaten Pará und Mato Grosso geführt. Das Bundesgesetz, das den indianischen Völkern Rechte auf ihr Territorium einräumt, wird von ca. 60 Firmen zunehmend unterlaufen.

26 Brasil de Fato, 18.-24. Dezember 2003.

27 Roberto Rodrigues war Präsident der brasilianischen Assoziation des landwirtschaftlichen Handels, er ist Eigentümer einer Soja-Plantage von 4 000 Hektar Größe im Staate Maranhão und Befürworter des Anbaus von genmanipulierten Sojabohnen.

28 Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums werden 13-14 % der kommenden Ernte genmanipulierte Soja sein. Vgl. el Diplo, Dezember 2003.

29 Teoria e debate, Nr. 55, S. 40.

30 Primeira Leitura, Nr. 22, Dezember 2003.

31 Gegenüber dem Jahr 2000 hat diese Vernichtung um 40 % zugenommen. Vgl. Brasil de Fato, 18.-24. Dezember 2003.

32 Ebenda.

Das geschieht parallel zur systematischen Vernichtung des Amazonaswaldes.³¹ Der Rat der indigenen Missionare stellt deshalb fest, daß die Gewalt gegen die indigenen Völker zunimmt und im Jahr 2003 markierte Gebiete aufgelöst wurden, indigene Völker umgesiedelt werden sollen und auf Weisung des Präsidentenamtes und des Ministers José Dirceu nichtautorisierten Instanzen die Demarkierung von Gebieten übertragen wurde.³²

Zweifellos sind diese Fakten bei der Bewertung der Ein-Jahres-Bilanz der Regierung Lula zu berücksichtigen. Sie ist mit einer Realität konfrontiert, die sie zu Kompromissen zwingt. Das ist so in bezug auf die Agrarreform, die nicht in der Konsequenz durchgeführt wird, wie es die PT ursächlich propagierte und wie die MST erwartet. Und das trifft auch zu für die politischen und institutionellen Reformen des Justizwesens, der Polizei und des Staatsapparates. Derzeit macht die Regierung Lula sowohl in der einen wie in der anderen Frage Zugeständnisse.

Die Außenpolitik der Regierung Lula – eine Politik im nationalen Interesse

Von den wenigsten erwartet, wurde die Außenpolitik Brasiliens zu einem besonderen Schwerpunkt der Regierung Lula. Es wurde Kurs auf eine aktive Rolle des Landes in den internationalen Beziehungen genommen, deren Inhalt in der besonderen Betonung der Souveränität des Landes besteht. Der Kurs der »Unterordnung«, den FHC gefahren hatte, wurde ersetzt durch eine aktive Positionsnahme im nationalen Interesse. Ausdruck dessen war die Haltung der brasilianischen Regierung gegen die Invasion im Irak.

Ausgangspunkt für diese veränderte Position ist die Annahme, daß mit der Erweiterung des Handlungsraumes Brasiliens negative Auswirkungen der Weltwirtschaft auf die nationale Wirtschaft ausgeglichen werden können. Brasilien gedenkt in diesem Sinne die Rolle wahrzunehmen, die ihm entsprechend der Größe des Landes zukommt. Es will eine direkte Kooperation mit Ländern herstellen, die in etwa der gleichen Lage sind (insbesondere China, Indien, Südafrika und Rußland). Grundzüge dieser Politik sollen der Multilateralismus, die Verteidigung der Demokratie und des Friedens und ein gerechter internationaler Handel sein.

Priorität hat Lateinamerika, besonders der MERCOSUL.³³ Der brasilianischen Außenpolitik gelang es – darin bestärkt auch durch die Entwicklungen in Argentinien und Venezuela –, den MERCOSUL neu zu beleben und in den Verhandlungen um die Schaffung der ALCA³⁴ Fortschritte im Sinne der lateinamerikanischen Länder zu erreichen. Brasilien war in Cancun Initiator der Bildung der Gruppe der G-20, die im Dezember 2003 in Brasília ein weiteres Treffen durchführte. Diese Gruppe fordert die Aufhebung der Subventionen für landwirtschaftliche Produkte seitens der Industrieländer und spricht sich für freien Handel mit Nahrungsmitteln im Rahmen der WTO-Vereinbarungen aus. Lula schlug auf dieser Tagung die Bildung einer Freihandelszone der Entwicklungsländer vor, was allerdings erst einmal nichts anderes beinhaltet als die Schaffung einer taktischen Allianz.

Im Lichte der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA wird es zu keinen Zugeständnissen in Fragen der ALCA seitens der

33 MERCOSUL ist der mit dem Vertrag von Asunción im Jahre 1991 geschaffene, auf eine Vereinbarung zwischen Argentinien und Brasilien aus dem Jahre 1986 zurückgehende Gemeinsame Markt, dem als Gründungsmitglieder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören und dem 1996/97 Chile und Bolivien beigetreten sind.

34 ALCA ist die Freihandelszone der beiden Amerikas.

Bush-Administration kommen. Das allerdings bedeutet Zeitgewinn für den MERCOSUL und wird für die Regierung Lula eine bestimmte Wegscheide darstellen: ALCA heißt weitere Bindung an den IWF, MERCOSUL hingegen heißt Entwicklung des inneren Marktes und einer stärker auf soziale Ziele ausgerichteten Politik.

Die PT im Verhältnis zur Regierung Lula und zu den sozialen Bewegungen

Die PT stellt eine politisch und ideologisch sehr heterogene Partei dar. Sie steht für Demokratie, Pluralität, Transparenz und demokratischen Sozialismus. Ihre Zielstellungen sieht sie in Reformen, die die gegenwärtige Gesellschaft grundlegend verändern, die sie aber im Rahmen der bestehenden Institutionen anstrebt. In ihr vertreten sind unterschiedliche Strömungen, die sich in unterschiedlicher Weise benennen und unterschiedliche Plattformen bilden. Die gegenwärtig dominierende ist die »Artikulation«, die zwei Drittel der Mitglieder des Nationaldirektorats stellt und mit den Personen Lula, José Dirceu (Minister des Bundesamtes des Präsidenten), Antonio Palocci (Minister für Finanzen), Gushiken (Minister für Kommunikation) und Luiz Dulci (Minister des Generalsekretariats der Präsidentschaft) den dominierenden Kern der Regierung bildet. Dieser Kern bestimmt die Wirtschafts- und Finanzpolitik. José Dirceu als Minister des Bundesamtes hat als ehemaliger Präsident der PT bisher keine Anstrengungen erkennen lassen, um dagegen einen Block der vor allem sozialorientierten Ministerien zu formieren. José Genoino, Präsident der PT seit 2002, gehört ebenfalls zur Majoritätsströmung »Artikulation«.³⁵

Es ist charakteristisch für die PT, den Kampf um parlamentarische Positionen, um Positionen in bundesstaatlichen Institutionen und Kommunen zu führen. Die Zahl der Abgeordneten sowohl in der Kammer (von 58 auf 91 Sitze) wie auch in den Staatenparlamenten und kommunalen Vertretungen erhöhte sich von Wahl zu Wahl kontinuierlich. Die PT ist in Regierungsverantwortung bestrebt, eine bürgernahe kommunale Politik zu realisieren. Dazu gehört z. B. die Umsetzung des Konzepts »Bürgerhaushalt« in Porto Alegre, Belo Horizonte, Belém und anderen Orten.

Die PT unterscheidet sich von anderen, vornehmlich den bürgerlichen Parteien Brasiliens vor allem durch ihre größere Organisiertheit. Jetzt, da sie Regierungspartei ist, ist sie die größte und reichste Partei des Landes.³⁶ »Aus der PT«, sagen kritische Stimmen, »wurde ein Parteiapparat, der in der Geschichte Brasiliens keinen Vergleich findet.«³⁷ Einen mächtigen Sprung machte die PT auch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl: Seit 2001 erhöhte sich die Anzahl der Mitglieder von 300 000 auf 540 000, und sie soll 2004 bis auf 800 000 angehoben werden. Wie in Brasilien üblich, wurde auch eine starke Zuwanderung von Abgeordneten und gewählten Vertretern aus anderen Parteien verzeichnet. Auf Anraten und mit Unterstützung des Nationaldirektorats wechselte z. B. im März 2003 der Gouverneur des Bundesstaates Roraima, Flamarion Portela, zur PT.³⁸ Diese Politik wird betrieben, um Mehrheitsverhältnisse nicht nur in der Abgeordnetenversammlung, sondern auch unter den Gouverneuren, die eine bedeutende Rolle spielen, zu schaffen. Veränderungen in der sozia-

35 José Genoino, hieß es in einer Erklärung von ausgetretenen PT-Mitgliedern im Dezember 2003, agiere »nicht als Präsident einer pluralistischen Massenpartei, sondern als Anhängsel der Regierung«, in: *Jornal do Brasil*, 14. Dezember 2003.

36 Von 2000 bis heute haben sich die Einnahmen der Partei um 240 % – von 24,3 Mio. auf 83 Mio. Reais – erhöht. Vgl. *Epoca*, 15. Dezember 2003, S. 32.

37 So der Politikwissenschaftler Rui Tavares von der Universität Campinas.

38 Flamarion wurde kurze Zeit später mit Veruntreuung von Bundesgeldern in seinem Staate in Verbindung gebracht, so daß er sich für einige Zeit von der PT »beurlauben« ließ. Im Staate Roraima sollen runde 230 Mio. Reais Staatsmittel verschwunden sein. Vgl. *Folha de São Paulo*, 13. Dezember 2003.

len und politischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft der PT sind damit vorprogrammiert.

Organisatorisch wuchs die PT auch an der Basis. Die Zahl der örtlichen PT-Gruppen erhöhte sich von 2 500 auf 5 338, womit sie auf 96 % des nationalen Territoriums Brasiliens vertreten ist. In elf Bundesstaaten ist sie in allen Gemeinden vertreten.³⁹

Nach Einschätzung des Soziologen Emir Sader⁴⁰ war die Wahlniederlage Lulas im Jahre 1994 entscheidend für ein Umdenken in der Führung der PT. In den Mittelpunkt rückte die fiskalische Anpassung Brasiliens, während der Priorität der Sozialpolitik partiell eine Absage erteilt wurde. Allerdings sieht Sader auch in der Institutionalisierung der PT einen wesentlichen Grund für politische Veränderungen. Auf dem letzten Kongreß der PT 2001 in Recife waren drei Viertel der Delegierten Abgeordnete, Bürgermeister, Mitarbeiter des Parteiapparates usw.⁴¹ Vertreten war kaum noch die Basis der PT, und es fehlten wesentliche Teile der sozialen Bewegungen, aus denen die PT hervorging.

Mit der Veröffentlichung des »Briefes an das brasilianische Volk« veränderte sich der Inhalt der Wahlkampagne Lulas: Angestrebt wurden nun eine Allianz mit Sektoren des Großunternehmertums und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem IWF. Ein neues Modell – so heißt es im Brief – sei das »Ergebnis eines breiten nationalen Dialoges, der zu einer authentischen Allianz, zu einem neuen sozialen Pakt führt«. Dieser Pakt wird im Sinne dieser Politik mit dem Ziel angestrebt, die Schwäche der öffentlichen Finanzen zu beseitigen und die Exporte Brasiliens qualitativ zu verändern, d. h. eine Politik zu betreiben, die das Agrobusiness und die Familienbetriebe stärkt.

Im Staat Mato Grosso wurde 2002 im ersten Wahlgang Blairo Maggi zum Gouverneur gewählt. Maggi ist der »König der Soja« in Brasilien.⁴² Maggi ist dabei, aus dem Staate Mato Grosso das »Mekka des Agrobusiness« zu schaffen, wobei er »Tabus bricht und neue Paradigmen schafft.«⁴³ Maggi hat die direkte Unterstützung Präsident Lulas, der das »Programm der Partnerschaft öffentliche Hand und Privatwirtschaft« als Beispiel für Brasilien verwenden will. Maggi ist ein Vertreter der neuen Eliten Brasiliens, die eine Politik der Modernisierung betreiben und die Exportstärke Brasiliens repräsentieren. Er realisiert soziale Programme (Vergabe von 200 Landtiteln, Bau der Transpantaneira, Einschränkung der indigenen Reservate) und schafft damit neue soziale Abhängigkeiten. Mit der Orientierung auf eine Allianz mit den neuen Eliten des Landes ergeben sich für die PT neue Beziehungen, aber auch Abhängigkeiten, die sich in der Regierungspolitik widerspiegeln.

Nach wie vor hat Präsident Lula in den Umfragewerten gute Ergebnisse (ca. 40 % unterstützen seine Politik). Breite Kreise der Bevölkerung sehen in ihm einen Mann des Volkes. Allerdings haben der Wahlsieg und die durch die Regierung propagierten Programme und Erfolge auch dazu beigetragen, daß ein Abklingen politischer Aktivitäten zu verzeichnen ist. Eine Politik, wie sie bei der Durchführung des Programms »Null Hunger« deutlich wird, ruft den Protest vor allem der Pastoralen Gemeinschaften der katholischen Kirche hervor, die über Jahre auf Eigenverantwortung der Menschen vor

39 Epoca, 15. Dezember 2003, S. 34.

40 Sader ist Professor an der Universität in São Paulo und an der Universität des Staates Rio de Janeiro. An der letzteren ist er zugleich Koordinator des »Laboratoriums für öffentliche Politik«.

41 Sader in »Brasilien in Frage. Wirtschaftliche, soziale und politische Analyse«, Nr. 1, Dezember 2003, Universität Rio de Janeiro, S. 84-85.

42 Maggis »Imperium« umfaßt 162 000 Hektar bebauten Landes mit einer geschätzten Ernte von 550 000 Tonnen Soja, Mais, Baumwolle. Umsatz 2003: 550 Mio. US\$, für Exporte vorgesehen: Produkte im Werte von 400 Mio. US\$.

43 Primeira Leitura, 12. Dezember 2003. – Maggi wurde von der PPS (Sozialistische Volkspartei, eine der Nachfolgeparteien der Brasilianischen KP) als Kandidat aufgestellt und gewählt. Interessanter Fakt: Während der Wahl hatte er nur die Unterstützung von 20 von 139 Bürgermeistern des Staates. Heute hat er eine Mehrheit!

Ort hingearbeitet haben. Sie befürchten eine Rückkehr zu alter klientelistischer Politik, wenn die Verteilung der Güter des Programms in die Hände von Bürgermeistern und Abgeordneten gegeben wird.

Die mit dem Ausschluß der »radikalen« Gruppe vollzogene Zäsur wird Auswirkungen auf das Verhältnis der einzelnen Strömungen zueinander haben. Die verbalen Attacken gegen intellektuelle Teile der PT, so von Seiten José Dirceus, werden das Verhältnis dieser Kräfte zur PT und zur Regierung vorerst nicht verändern. Schon jetzt ist absehbar, daß sich damit außerhalb der PT ein kritischer Pol aufbaut, der nicht ablassen wird, die Politik und die Orientierung der Regierung zu kritisieren. »Was wir beabsichtigen, ist die Schaffung eines Forums von Debatten, in dem sich nicht nur die treffen, die aus der PT austreten, sondern auch solche wie wir, die wir den Kampf innerhalb der PT fortsetzen werden.«⁴⁴

Der »Estado de São Paulo«, dem keine linken Positionen unterstellt werden können, kommt zu der Schlußfolgerung, daß »die Linke in der PT Niederlagen einstecken mußte« und »dieser Teil in der PT immer weniger Spielraum hat.«⁴⁵ Seine Prognose lautet: »Niemand in der PT verschweigt, daß die PT die politische, soziale und kulturelle Hegemonie im Lande anstrebt. Ein Ziel, das nicht erreicht werden kann, ohne eine rigorose Reform der Konzeptionen vorzunehmen.«

Die grundsätzliche Feststellung eines Strebens nach Hegemonie ist zweifellos richtig. Bezweifelt aber werden muß, ob die PT damit ihren Charakter grundsätzlich verändern wird. Vieles spricht dafür, daß die PT politisch stärker ausgeprägte zentristische Positionen einnimmt. Die Auseinandersetzungen um die zentralen Fragen Brasiliens aber werden damit auch nicht Halt vor der PT und ihrer Führung machen. Der Weg von einer Oppositionspartei zur regierenden Partei ist für sie neu. Es ist nicht gelungen, die Autonomie der Partei gegenüber der Regierung zu bewahren. Francisco de Oliveira verweist eben vor allem auf diesen Zusammenhang: »Die PT ... bildete sich auf einem langen Wege der Bewegung gegen die Diktatur, in der sie einen festen Platz einnahm und eine zentrale Rolle spielte.« Sie »kritisierte den Neoliberalismus und organisierte die Arbeiter und zeigte den Weg zum Sozialismus auf, was alles nicht gegen ein Linsengericht eingetauscht werden kann.«⁴⁶

Das Sozialforum Brasiliens im November 2003 war geprägt von der Haltung der Mehrheit der sozialen Bewegungen, die Regierung Lula auch weiterhin zu unterstützen, aber auch Kritik zu üben, wenn die Politik nicht das bringt, was versprochen wurde. Das Jahr 2004 ist das Jahr der Kommunalwahlen in Brasilien. Die PT wird große Anstrengungen unternehmen, um ihre Mandate auf kommunaler Ebene auszubauen.

Das Jahr 2004 wird ein entscheidendes sein. Noch besteht die Möglichkeit, aus der Schere, die sich auftut, herauszukommen und die Wende zu vollziehen, die Brasilien braucht. Die Chance zu Veränderungen, die sich mit der Regierung Lula aufgetan hat, darf nicht leicht hin vergeben werden. Es bleibt abzuwarten, ob es die Regierung Lula schafft, sich »dem Parfümduft der Eliten« zu widersetzen und eine Politik mit dem »Geruch des Volkes« durchzuführen.

44 Carlos Nelson Coutinho im Interview im Jornal do Brasil, 14. Dezember 2003.

45 Estado de São Paulo, 17. Dezember 2003.

46 Folha de São Paulo, 14. Dezember 2003.